H 8040 F
Nummer 46
Mai/Juni '97
3,- Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

Stolz auf Mörder?

Neonazis demonstrieren gegen Wehrmachtsausstellung





Medienkritik: Die armen Deutschen

Ideologie: Bioregionalismus

Inhalt

Editorial

Zwei Monate ist es her, daß in München die seit zwanzig Jahren größte Nazidemonstration in der Bundesrepublik stattfand. Die NPD und deren Jugendorganisation riefen zum Protest gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" und rund 5000 vorwiegend junge Faschisten reisten an, um die Westen ihrer Großväter reinzulügen. Sie profitierten davon, daß die Rechtsaußen in CSU und CDU massiv gegen die Ausstellung polemisierten und obwohl kein ernstzunehmender Historiker die Verbrechen der Wehrmacht anzweifelt, den ideologischen Schulterschluß mit den Neofaschisten versuchten.

Während die Neofaschisten euphorisch davon fabulieren nun weitere Großdemonstrationen zu organisieren und provokativ zu einem Aufmarsch zum 1. Mai in Leipzig mobilisieren, sieht Bundesinnenminister Kanther in altbewährter Weise die Hauptgefahr links.

Während sich die faschistischen Straftaten seit 1993 mehr als verdoppelt haben, sieht Kanther einen Rückgang der Gewalttätigkeit im „rechtsextremen Spektrum". Unverfroren wird rassistischen („fremdenfeindlichen") Straftaten der politische Hintergrund abgesprochen. Sie seien „vor allem Ausdruck einer militanten Abneigung gegen Asylbewerber sowie einer unbestimmten Angst vor 'Überfremdung'", heißt es laut taz in dem jüngst vorgelegten „Verfassungsschutzbericht".

Und so ist es kein Wunder, daß sich in diesem Bericht auch antifaschistische Organisationen und DER RECHTE RAND wiederfinden. Als verfassungsfeindlich gilt Kanthers Behörde sowohl der Hinweis, daß Faschismus eine mögliche Herrschaftsform des Kapitals sei, als auch die Ablehnung der Totalitarismustheorie. Angesichts einer solchen Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit müßten heute wohl auch die Schöpfer des Ahlener CDU-Programms befürchten, in den VS-Bericht aufgenommen zu werden - hatten sie doch seinerzeit die Verantwortung des Kapitalismus für die Verbrechen des Faschismus benannt.

Enttäuscht wurden diejenigen, die erwartet hatten, den CDU-Bundestagsabgeordneten Heinrich Lummer im VS-Bericht zu finden. Während es bei Linken ausreicht für Prozeßkostenhilfe zu spenden, um die Aufmerksamkeit der Verfassungs„schützer" zu erregen, kann sich ein CDU-Parlamentarier wie Lummer unbeanstandet in einem Buch unter dem Titel „Unterdrückung und Verfolgung Deutscher Patrioten. Gesinnungsdiktatur in Deutschland" verbreiten, in dem ausgewiesene Faschisten wie Jürgen Rieger, Manfred Roeder oder Udo Voigt publizieren.

Trotz alledem: Die nächste Ausgabe von DER RECHTE RAND erscheint Anfang Juli. Redaktionsschluß ist am 16. Juni 1997.

Berichtigung

In der letzten Ausgabe von DER RECHTE RAND (Nr. 45) ist uns ein Fehler unterlaufen. Bei der auf Seite 11 abgebildeten Person handelt es sich zwar um einen Teilnehmer der Trauerfeier für den Holocaust-Leugner **Thies Christophersen**, aber nicht um den früheren Chef der „Wehrsportgruppe Jürgens" bzw. „Nothilfetechnischen Übungs- und Bereitschaftsstaffel" **Uwe Jürgens**.

Termine

Das „Bündnis gegen Rechts - Initiative zur Schließung des rechtsextremen Schulungszentrums in Hetendorf" ruft zu einer dezentralen Kampagne gegen die „Hetendorfer Tagungswoche" 1997, die im sogenannten „Heideheim" in Hetendorf (Lüneburger Heide) durchgeführt wird, auf. Die Kampagne soll die Mitglieder der Organisationen, die zur „Hetendorfer Tagungswoche" einladen, die vermutlich vom 14.-22. Juni 1997 stattfindet, an ihren Wohnorten thematisieren. Damit soll das Stattfinden der Tagungswoche schon im Vorfeld verhindert werden. Weitere Informationen sind bei dem Bündnis gegen Rechts, c/o Infoladen, Kornstr. 28/30, 30167 Hannover, Fax: 0511/1616711, zu erhalten.

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Postfach 1324 • Rolandstraße 16
30013 Hannover
Tel.: 0511 / 33 60 209
Postgiro Hannover
Nr. 44 55 86 - 301 • BLZ 250 100 30
Druck: Werkdruck Hannover
Satz und Layout: R. Simon
Erscheinungsweise: 6 x im Jahr
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

DER RECHTE RAND Register

Von den Ausgaben DER RECHTE RAND Nr. 1 bis Nr. 43 ist ein Register erstellt worden. Es ist als Papierausdruck oder als MS-Word-Datei auf Diskette für 10,- DM über die Redaktionsadresse erhältlich.

DER RECHTE RAND
Postfach 1324
30013 Hannover

Das Register umfaßt alle in diesen Ausgaben genannten Personen, Organisationen, Gruppen, Zeitschriften und Verlage. Weiterhin sind über diese Adresse auch alte Ausgaben unserer Zeitschrift erhältlich. **Die Ausgaben Nr. 1, 15, 20, 25, 27, 28, 38 und 44 allerdings nur als Fotokopie zum Einzelpreis von 4,- DM.** Ebenfalls nur noch als Fotokopie nachzubestellen ist unser Sonderheft Nr. 1 zum Thema „Anti-Antifa" (48 Seiten) zum Einzelpreis von 8,- DM. Die als Druckschrift vorliegenden Ausgaben sind nach wie vor erhältlich.

Nr. 2 - 16 (Mai 1989 - März/April 1992) - Einzelpreis: 2,- DM
Nr. 17 - 31 (Mai/Juni 1992 - Okt./Nov. 1994) - Einzelpreis: 2,50 DM
ab Nr. 32 (Dezember 1994/Januar 1995) - Einzelpreis: 3,- DM

Eigentumsvorbehalt:

Gregor Schmidt

Wehrmachtsausstellung in der Frankfurter Paulskirche

Im Rahmen der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" kam es auch in Frankfurt zu Protesten und Demonstrationen. Hatten anfangs die Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach und der rechte CDU-Rand eigene Gegenveranstaltungen angekündigt, hielten sie sich vornehm im Hintergrund und überließen anderen die öffentlichen Auftritte bei Demonstrationen und Protesten. Im folgenden wollen wir die ersten Tage der Ausstellung in Frankfurt dokumentieren - ein ausführlicher Artikel folgt in der nächsten Nummer.

Als am Sonntag dem 13. April die Ausstellung mit einem Festakt in der Paulskirche eröffnet wurde, glänzte die Frankfurter CDU, die seit den Kommunalwahlen Anfang März zusammen mit der FDP über eine Mehrheit im Frankfurter Römer verfügt, mit ihrer Abwesenheit. Oberbürgermeisterin **Petra**



Demonstration für die deutsche „Soldatenehre" in München, 1.März 1997

Roth und CDU-Fraktionsvorsitzender **Bernhard Mihm** hatten einen Besuch wegen der angeblichen Einseitigkeit der Ausstellung abgelehnt. Die Entscheidung für die Ausstellung war noch unter dem vorherigen rot-grünen Magistrat gefallen, damals mußte sich Petra Roth - noch sichtlich um ein liberales Images bemüht - geschlagen geben und der Paulskirche als Veranstaltungsort zustimmen. Insbesondere an diesem Ort entzündeten sich die Proteste einer eigens ins Leben gerufenen „Arbeitsgemeinschaft Paulskirche" mit Postadresse bei **Alfred Mechtersheimers** „Friedenskomitee 2000". Sie wandten sich dagegen, daß die Paulskirche als „Symbol der deutschen nationalen Revolution von 1848" nicht für die Ausstellung geeignet sei, da die Ausstellung das nationale Denken insgesamt kritisiere. Um dies zu untermauern, hatten sie zusammen mit verschiedenen Gruppen aus dem rechtsradikalen Spektrum eine Aktionswoche gegen die Ausstellung organisiert. Begonnen hatten die Proteste mit einer Anzeige in der FAZ. Unterzeichnet hatten den Protest u. a. **Wilfried Böhm** von der „Deutschlandstiftung", **Manfred Brunner** (BfB), der JF-Schreiberling **Jens Falk**, **Lothar Lauck** vom „Bündnis Konstruktiver Kräfte Deutschlands" (BKKD), **Konrad Löw**, Alfred Mechtersheimer, **Klaus Motschmann**, der Autor **Rüdiger Proske**, **Günter Stiff** vom „Komm-Mit Verlag", **Franz** und **Reinhard Uhle-Wettler**, der Sprecher der „Landsmannschaft Ostpreußen" **Wilfried von Gottberg** sowie **Karlheinz Weißmann**. Als Kontaktperson trat **Götz Kubitschek** auf; er war bis Ende 1996 Redakteur der „Jungen Freiheit" im Ressort Sicherheit und Militär. Nach eigenen Informationen ginge die Initiative zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft auf das studentische Spektrum zurück - neben zahlreichen Burschenschaftern wurde die Initiative aber auch besonders von der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen" getragen.

Am Tag der Ausstellungseröffnung protestierten zwischen 70 und 100 Rechte und Neonazis gegen die Ausstellung. Neben der Frankfurter Fraktion der „Republikaner", der „Schüler-Union Hochtaunus", dessen Vertreter sich angeregt mit den Bodyguards des ebenfalls anwesenden **Manfred Roeder** und seiner „Deutschen Bürgerinitiative" austauschten, hatte sich auch eine von **Otto Riehs** und **Friedhelm Busse** organisierte „Bürgerinitiative Schutzbund Deutscher Soldaten", Einzelpersonen aus den unterschiedlichen neonazistischen Gruppen sowie der „Staatspolitische Club" als regionaler „Junge Freiheit Leserkreis" an den Protesten beteiligt. Zu seinen drei Sprechern zählt neben dem früheren Landesvorsitzender der hessischen „Jungen Nationaldemokraten" und ehemaligem Bundestagskandidaten der „Republikaner" Lothar Lauck, dem Frankfurter Rechtsanwalt und Vorstandsmitglied der „Unabhängigen Ökologen Deutschlands" **Helmut Kirchner**, auch der ehemalige „Junge Freiheit" Redakteur und derzeitige Frontmann der Frankfurter „Jungen Union" sowie des RCDS, **Thilo Stratemann**. Als Postadresse gibt der „Staatspolitische Club" das Postfach des BKKD an.

Der „Staatspolitische Club" hatte für den Nachmittag zu einer Gegenveranstaltung mit den Referenten **Lothar Groppe** von der „Evangelischen Notgemeinschaft", dem Brigadegeneral a. D. Reinhard Uhle-Wettler und **Hans-Ulrich Kopp** geladen. Als Ort stand das mit städtischen Geldern finanzierte



„Kriegsfreiwilliger" Manfred Roeder

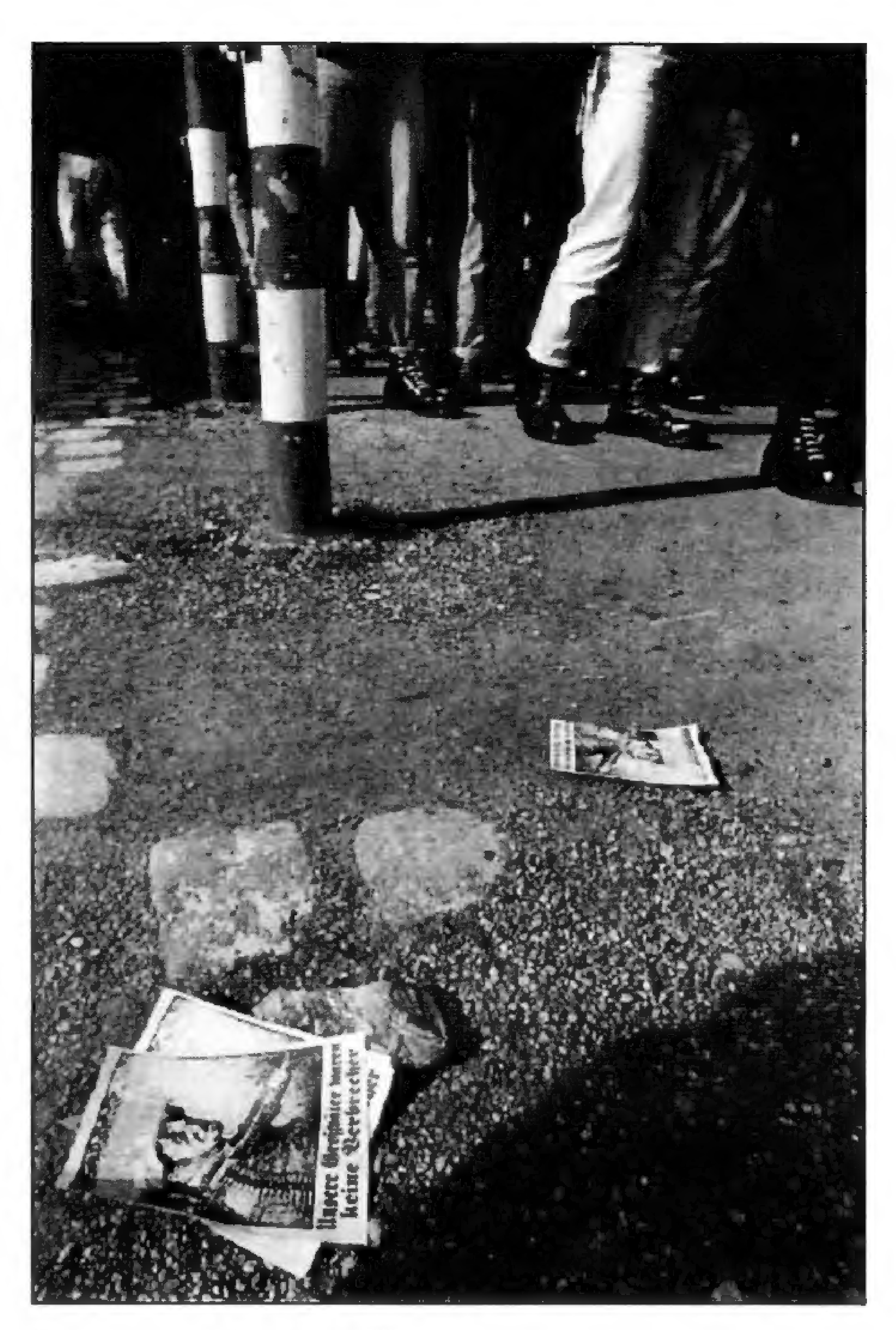
„Haus der Heimat", Sitz diverser Vertriebenenverbände, zur Verfügung. Im Vordergrund ihrer Kritik stand das Verharmlosen des Nationalsozialismus. So hatte Lothar Groppe bereits zuvor geschrieben: „Nicht zuletzt durch heimtückische Überfälle von Partisanen" seien die - als „bedauerliche Exzesse" bezeichneten - Verbrechen „letztlich unausbleiblich" gewesen. Um den angeblichen Sachzwang, in dem der Krieg der Nazis steckte, darzustellen, spricht Groppe auch von Bombardements auf englische Städte als wichtige militärischen Aktionen. So sei die englische Stadt Coventry ein „ausgesprochen militärisches Ziel" gewesen. Ähnlich hatte bereits die „Arbeitsgemeinschaft Paulskirche" argumentiert. Neben der Wiederholung zahlreicher Angriffe gegen die Ausstellung erklären sie den Partisanenwiderstand gegen die Wehrmacht zum eigentlichen Verbrechen. Denn dieser sei nicht von der Haager Landkriegsverordnung gedeckt, die Nazis hätten demzufolge das Recht zu Exekutionen gehabt. Deswegen seien Geiselerschießungen nicht nur „üblich" sondern auch „völkerrechtlich zulässig" gewesen. Der Darstellung zahlloser Verbrechen der Wehrmacht stellen sie eine „grausame Kampfführung der Partisanen gegen Soldaten der Wehrmacht" gegenüber und schließen mit der Behauptung, daß die in der Ausstellung dargestellten Verbrechen von „russischen Partisanen in deutscher Uniform" begangen worden seien.

An der Veranstaltung des „Staatspolitischen Clubs", auf dem diese Vorwürfe wiederholt wurden, nahm nahezu das gesamte Spektrum der Protestierer teil. Lediglich eine Handvoll Neonazis wurde kurz vor Beginn gebeten, im Interesse der öffentlichen Wirkung der Veranstaltung, doch zu gehen. Sie sahen das anscheinend ein und wurden mit Handschlag verabschiedet. Unter den Teilnehmern waren auch zahlreiche Personen aus dem Vertriebenenspektrum, der Frankfurter CDU sowie der CSU-Rechtsaußen **Peter Gauweiler**.

Sönke Braasch

Wehrmachtsausstellung in München

Knapp 5.000 Rechtsextremisten demonstrierten in München am 1. März 1997 gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" des Hamburger Instituts für Sozialforschung. Angemeldet hatte den braunen Aufzug in München die „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (NPD) und die „Jungen Nationaldemokraten" (JN). Über 10.000 Menschen beteiligten sich an Kundgebungen und Demonstrationen gegen den Nazi-Aufmarsch in München.



Propaganda-Abfall

Mit 4.000 bis 5.000 Teilnehmern übertraf der Münchner Aufmarsch deutlich die „Rudolf-Hess-Gedenkmärsche", bei einem vergleichbaren Publikum, der frühen 90er Jahre. In Wunsiedel, Bayreuth und Rudolstadt hatten zwischen 1990 und 1992 bis zu 2.500 Rechtsextremisten an den braunen Manifestationen anläßlich des Todestages von Rudolf Hess teilgenommen. Zuletzt gab es eine solche große rechtsextremistische Kundgebung in der Bundesrepublik Deutschland im Mai 1970. Damals hatte anläßlich des Treffens zwischen dem damaligen Bundeskanzler Willy Brandt und dem DDR-Ministerpräsident Willi Stoph in Kassel die 1969 vom Herausgeber der Zeitschrift „MUT", **Bernhard C. Wintzek**, gegründete „Gesamtdeutsche Aktion" mobilisiert. Das gesamte rechtsextreme Lager folgte dem Aufruf nach Kassel. Im Herbst 1970 erfolgte im Anschluß an die Kasseler Aktion in München die, letztlich erfolglose, Gründung der „Aktion Widerstand". Die „Aktion Widerstand" war der „Versuch einer Einheitsfront nahezu des gesamten rechtsextremen Lagers" (Dudek/Jaschke). Neben der legalistischen NPD beteiligten sich auch militante, neonazistische Aktivisten, vornehmlich jüngerer Jahrgänge. Das fragile Bündnis hielt nicht lange und konnte auch nicht den Abstieg der NPD in die parlamentarische Bedeutungslosigkeit aufhalten.



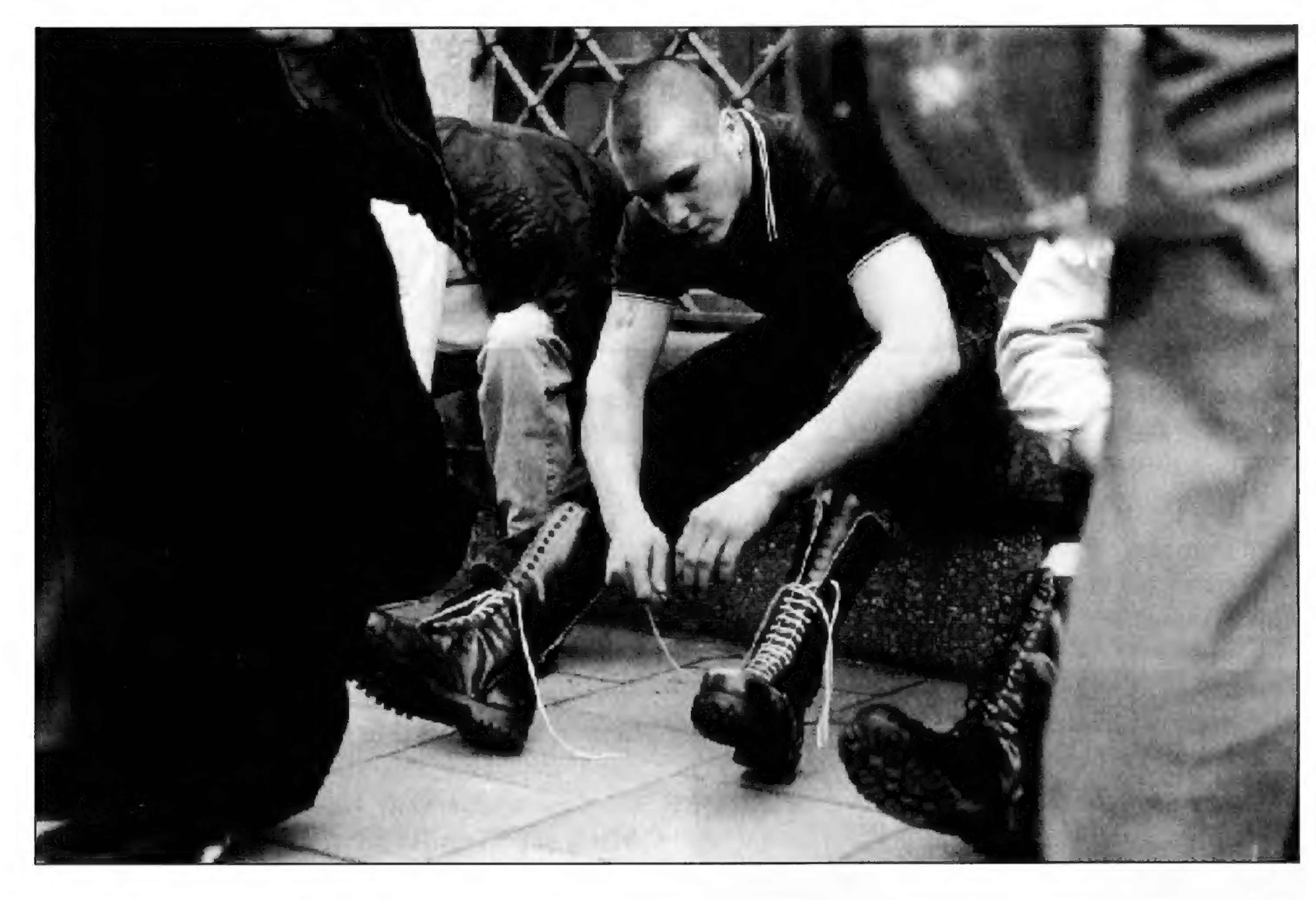
NPD - Block in München

Heute versucht die NPD mit der Münchner Großaktion den jahrzehntelangen Abstieg umzukehren. Nahziel ist die flächendeckende Teilnahme an der Bundestagswahl im kommenden Jahr. Dazu gehört neben anderem auch Personal, das einen Wahlkampf führen kann. Die derzeitige Mitgliederzahl der NPD, laut aktuellem Verfassungsschutzbericht bei 4.000, liegt unter der Anzahl der rechten Marschierer von München. Beigetragen zum braunen Mobilisierungserfolg hatten sicherlich auch der Münchner CSU-Bezirksvorsitzende **Peter Gauweiler** und Konsorten. Ihre kalkulierte Denunziation der Ausstellung ermutigte auch die militanten Neonazis zur Teilnahme an der groß angekündigten Veranstaltung.

Unter den Demonstrationsteilnehmern befanden sich neben zahlreichen Funktionären der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" und der „Jungen Nationaldemokraten" auch Kader und Aktivisten von verbotenen neonazistischen Organisationen. In den ersten Reihen des Zuges befanden sich neben dem JN-Bundesvorsitzenden **Holger Apfel** der JN-Bundespressesprecher **Klaus Beier**, der stellvertretende JN-Bundesvorsitzende und nordrhein-westfälische Landeschef **Achim Ezer**, **Michael Wendland**, Vorsitzender des rund 40 Mitglieder starken JN-Landesverbandes Baden-Württemberg, der ehemalige langjährige JN-Bundesvorsitzende **Karl-Heinz Sendbühler** und sein Nachfolger **Andreas Storr**. Aus Berlin anwesend war auch **Oliver Schweigert**, ehemaliger Aktivist der „Nationalen Alternative", der auch der Rechtsterrorist **Kay Diesner** entstammte. **Christian Hehl,** zuletzt rheinland-pfälzischer Funktionär der verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei", der anläßlich des „Rudolf-Hess-Gedenkmarsches" in Worms sich seiner Festnahme durch einen simulierten Kreislaufkollaps entzog, marschierte dieses Mal als Ordner mit. Der Münchner Neonazi **Michael Swierczek** , ehemaliger Bundesvorsitzender der verbotenen „Nationalen Offensive" (NO), marschierte zusammen mit **Thorsten de Vries** vom ebenfalls verbotenem„Deutschen Kameradschaftsbund" (DKB) aus Wilhelmshaven. Beide gehörten in der Vergangenheit schon der NPD bzw. den JN an. Zu den Teilnehmern der Wehrmachts-Demonstration zählte auch der Rechtsanwalt **Konrad Hoffmann**, „Präsident" der „Vereinigten Länder des Deutschen Ostens im Deutschen Reich" (VLDO) und der „Nationalversammlung des Deutschen Ostens" (NDO), der im vergangenen Jahr an der Jahreshauptversammlung der neonazistischen „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangenen und deren Angehörige e.V." als Redner teilnahm. Zu den in München angetretenen Organisationen gehörte neben anderen der fränkische „Freiheitliche Volksblock" (FVB) um **Konrad Petrascheck**, der von dem ehemaligen Aktivisten der „Nationalistischen Front" (NF) **Thomas Scharf** gegründete wurde. Den Ordnerdienst leitete mit **Jens Pühse** ein ehemaliger Kader der verbotenen NF, der inzwischen dem Bundesvorstand der „Jungen Nationaldemokraten" angehört. Unterstützt wurde Pühse u.a. von **Sascha Wagner**, einem Beisitzer des JN-Bundesvorstandes.

Der Demonstrationszug der Rechten erreichte den angemeldeten Ort der Abschlußkundgebung, den Marienplatz, nicht. Der gesamte Platz vor dem Münchner Rathaus, in dessen Räumen die Ausstellung bis Anfang





Rechtsextremisten bis zum Isartor, wo sie etappenweise in ihre Reisebusse gesetzt wurden. Die Polizei nahm am Samstag 76 Personen fest, darunter 43 Angehörige der rechten Szene. Weitere 60 Personen, zumeist Rechtsradikale, wurden bei der An- und Abreise vor München aus dem Verkehr gezogen. In Berlin fanden Polizeibeamte bei der Überprüfung von fünf Reisebussen in einem Bus eine russische Panzermine, Zünder, Eisenstangen, Baseballschläger und Messer. Sieben Rechtsextremisten wurden festgesetzt. Vier Busfahrer verweigerten daraufhin die Fahrt in die bayerische Landeshauptstadt München. Am Abend nach der Kundgebung trafen sich zahlreiche Rechtsextremisten zu einem „Kameradschaftsabend" im Münchner Stadtteil Laim. Angekündigt war ein Konzert mit dem 32jährigen „nationalen Barden" **Frank Rennicke**.

Anläßlich der Ausstellungseröffnung in München demonstrierten bereits am 24. Februar **Alfred Mechtersheimer** und seine „Deutschland-Bewegung". Der Münchner CSU-Bezirksvorsitzende und Landtagsabgeordnete Peter Gauweiler sowie zahlreiche Mitglieder der CSU und der „Jungen Union" legten aus Anlaß der Ausstellungseröffnung am Mahnmal des Unbekannten Soldaten einen Kranz nieder. Die ganze Woche über agitierten **Manfred Roeder** von der „Deutschen Bürgerinitiative" und **Friedhelm Busse**, letzter Bundesvorsitzender der 1995 verbotenen FAP, gegen die Wehrmachtsausstellung. Diverse Anzeigen werden aller Wahrscheinlichkeit nach eingestellt werden. Unter den jüngsten Anzeigenstellern befindet sich **Jürgen Schützinger**, langjähriger NPD-Landesvorsitzender von Baden-Württemberg und späterer Bundessprecher der erfolglosen „Deutschen Liga für Volk und Heimat".

Die Ausstellung wurde in den ersten sieben Tagen bereits von über 11.000 Besuchern, darunter bis zu 400 Schülern pro Tag, gesehen. Bayerns größter Lehrerverband hat den Besuch der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" Lehrern und Schülern empfohlen. Bis zum Abschluß kamen statt der erwarteten 20.000 knapp 90.000 Zuschauer in die

April gezeigt wird, wurde kurzerhand von Gegendemonstranten „besetzt". Der ursprünglich für die rechte Abschlußkundgebung reservierte Teil des Marienplatzes erwies sich überdies als zu klein. Statt der erwarteten 2.500 waren fast doppelt so viele Rechtsextreme aus dem gesamten Bundesgebiet nach München angereist. Andere Gegendemonstranten schnitten dem „gespenstischen Zug" (so Münchens OB Christian Ude) den gewünschten Weg zum zentralen Marienplatz ab. Insgesamt waren rund 10.000 Personen aus verschiedenen politischen Lagern unterwegs. Mit Parolen wie „Stoppt die Rechten" und „Gegen die schwarzbraune Koalition von CSU & Nazis!" zogen sie durch die Münchner Innenstadt. Die Abschlußkundgebung des rechtsextremen Marsches mußte deshalb unter Polizeischutz Im Tal, einer Straße wenige hundert Meter vom Marienplatz entfernt, stattfinden. Die anwesenden Polizeikräfte bemühten sich in der Zwischenzeit, die beiden Gruppen auseinanderzuhalten. Nach der Abschlußkundgebung begleiteten Polizeikräfte die über 4.000





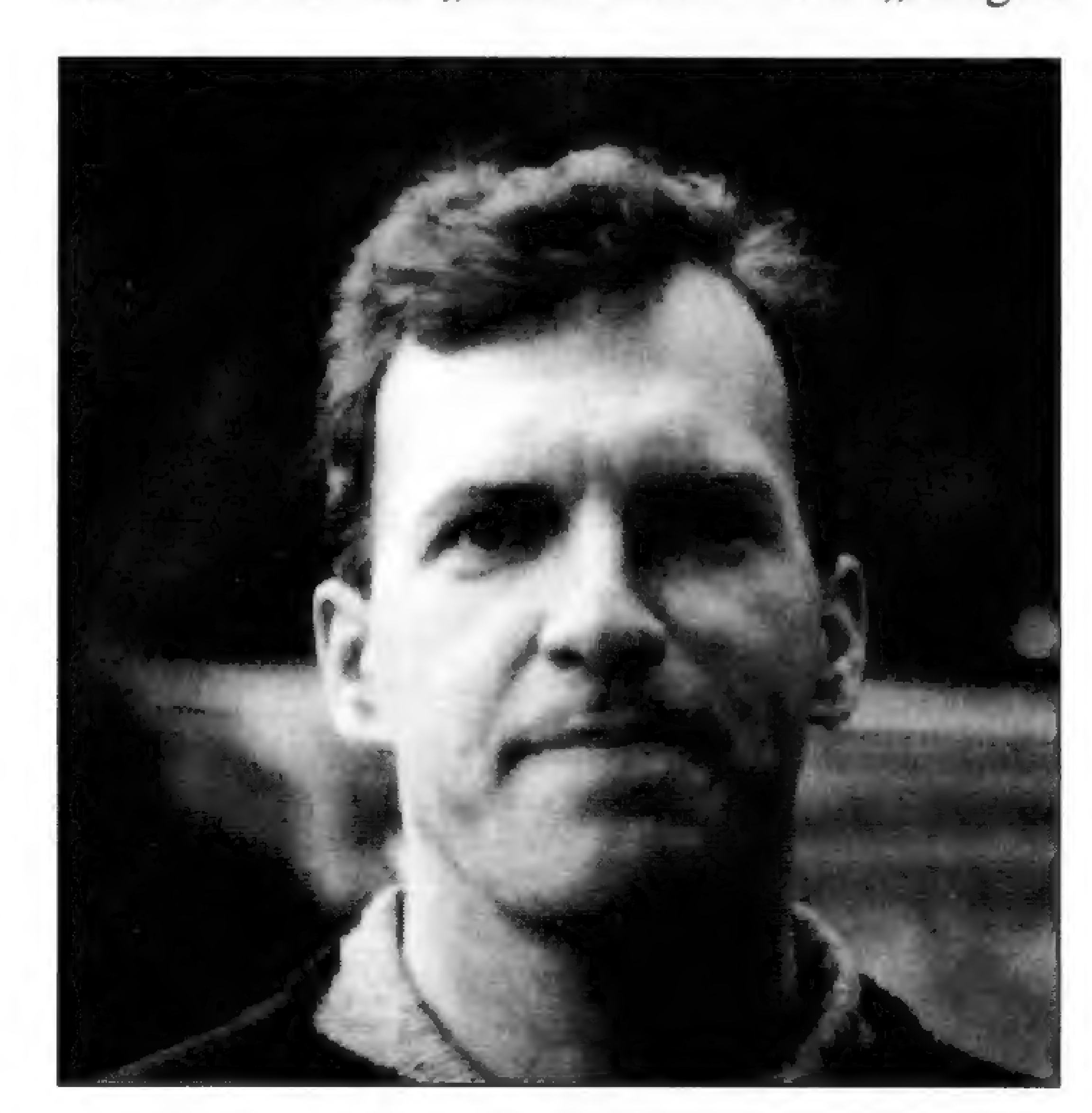


Ausstellung. Zuvor hatten rund 130.000 Menschen in den 15 vorhergehenden Stationen die Ausstellung besucht. Aktuelle Station ist seit dem 13. April die Frankfurter Paulskirche. In Frankfurt versuchten CDU-Kreise um die Bundestagsabgeordnete **Erika Steinbach** im Vorfeld im Sinne Gauweilers gegen die Ausstellung zu agitieren. Weitere Städte, darunter Marburg, Bremen und Bonn, im Oktober 1998, werden folgen. Die Ausstellung soll dann 1999 auslaufen. Ob sich bis dahin ein Platz in der neuen Hauptstadt Berlin finden wird, scheint zweifelhaft.

Copyright der Fotos auf Seite 3, links, Seite 4, rechts, Seite 5, links, Seite 6, oben: Erich Nagel.
Wir bedanken uns für die zur Verfügung gestellten Bilder.

Veränderungen bei „Einheit und Kampf"

Nach mehr als einem halben Jahr Pause erschien wieder eine aktuelle Ausgabe von „Einheit und Kampf". Die Auflage des „Revolutionären Magazins für Nationalisten", so der Untertitel, liegt nach Eigenangabe bei 3.000 Exemplaren. „Zusammen mit einer neuen Redaktionsmannschaft werden wir in den kommenden Monaten versuchen, Einheit und Kampf wieder zu einem Sprachrohr des gesamten nationalen Widerstandes zu machen." Zur neuen Redaktion gehören der JN-Bundesvorsitzende **Holger Apfel** (26) und der Beisitzer („Schulungsreferat, Strategie, Programm") des JN-Vorstandes **Steffen Hupka** (33). Neu dabei sind der presserechtlich verantwortliche Herausgeber **Markus Privenau**, **Stefan Bach** und **Tobias Thingsen**. Die Redaktion hingegen verlassen haben **Andreas Storr** (28) und **Jan Zobel** (20). In der Zwischenzeit wurden Storr, ehemaliger JN-Bundesvorsitzender, und Zobel sogar „aus dem Bundesvorstand der JN ausgeschlossen bzw. ihrer Ämter enthoben", so ein Autor im neonazistischen „Thule-Netz". Der Berliner Storr war einer der stellvertzretenden Bundesvorsitzenden der „Jungen Nationaldemokraten" mit der Zuständigkeit für Strategie und Programm. Der ehemalige Hamburger JN-Landesvorsitzende Zobel war Beisitzer im Bundesvorstand der NPD-Nachwuchsorganisation mit dem Aufgabenfeld „Einheit und Kampf". Grund für die Ende Januar vollzogenen Trennung von Storr und Zobel war u.a. ein Schriftstück der beiden, „in dem in massiver Weise gegen Hamburger Kameraden und andere NSler gehetzt wird", so ein Vorwurf im „Thule-Netz". Die „Jungen



Steffen Hupka: Erst bei Kühnens ANS mit JN-Ambitionen, dann NF-Kader und jetzt im Bundesvorstand der JN

Nationaldemokraten" haben sich in den vergangenen zwei Jahren immer mehr für Kader verbotener neonazistischer Organisationen wie der „Nationalistischen Front", der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" und des „Nationalen Block" geöffnet. Selbst der Verfassungsschutz spricht inzwischen von den „Jungen Nationaldemokraten" als einem „Sammelbecken" für Neonazis, aber auch für Skinheads und Hooligans. Die interne Opposition zu diesem Kurs der braunen Avantgarde anstelle der biederen NPD-Parteijugend hat in den vergangenen Monaten zugenommen. Neben Storr und Zobel kritisiert, so der Verfassungsschutz, auch der Vorsitzende des mitgliederstarken Landesverbandes von Baden-Württemberg, **Michael Wendland** (27), den aktuellen Kurs des seit 1993 amtierenden JN-Bundesvorsitzenden Holger Apfel.

Der aktuelle Hauptverantwortliche für „Einheit und Kampf", Privenau, war Anfang der 90er Jahre Funktionär der neonazistischen Knasthilfe „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG). Von 1990 bis 1992 fungierte Privenau, mit Unterbrechung, als Schriftleiter der monatlich erscheinenden „HNG-Nachrichten". Im August 1991 wurde er zum 1. Beirat, zuständig für Information, des HNG-Vorstandes gewählt. Gegenwärtig macht Privenau mit der Nazibande „Torfsturm" von sich Reden.

Aus den „HNG-Nachrichten" wurde für „Einheit und Kampf" eine „Liste der politischen Gefangenen", auf der sich alte und neue Nazis sowie Revisionisten finden, übernommen. Zu den Autoren von „Einheit und Kampf" zählen neben den Redaktionsmitgliedern auch die Kader **Thomas Wulff** (37) und **Christian Worch** (40) von der 1995 verbotenen „Nationalen Liste".

Eckart Spoo

Medienkritik: Die böse Welt und die armen Deutschen

„Welche Nachrichten werden verbreitet? In welcher Form? In welcher Sprache? Welche Nachrichten unterbleiben? Warum? Welche Motive stecken hinter der Nachrichtenauswahl und den Formulierungen? Welche Meinungen werden gemacht? Zu welchen Zwecken? In wessen Interesse?" Diese „Fragen an die eigene Zunft" formulierte der Journalist Eckart Spoo am 17. März in Hannover im Rahmen einer Informationsveranstaltung über die Brandkatastrophe von Lübeck und den Prozeß gegen Safwan Eid. Es sind Fragen, mit denen die Medien angesichts der anhaltenden Anschläge und Überfälle von Rechtsextremisten nachhaltig konfrontiert werden sollten. Dies um so entschiedener, als die Antworten, die Spoo mit Blick auf die Berichterstattung der Medien über Lübeck und die Folgen ermittelt hat, bedenkliche Grundmuster deutlich machen. DER RECHTE RAND dokumentiert seinen Vortrag in Auszügen:

(...) Ich bin erschrocken, wie fast quer durch die Medien die Opfer des Brandes im Ausländerheim an der Lübecker Hafenstraße unbeachtet blieben oder zusätzlich zu allem Erlittenen auch noch Opfer publizistischer Diffamierung wurden.

Diffamiert wurden auch diejenigen Deutschen, die sich für die Opfer einsetzten. Einen möchte ich zu Beginn nennen: Michael Bouteiller. Der Bürgermeister von Lübeck hat in der Nacht des 18. Januar 1996 Entsetzen und Mitgefühl gezeigt (...) Und er hat sich dann tatkräftig um die Überlebenden gekümmert, hat für Wohnraum gesorgt und für soziale Betreuung außerhalb der vorgeschriebenen Sammelunterkünfte. Er wies kritisch auf die Bedingungen hin, die eine solche Katastrophe begünstigen: das Zusammenpferchen von Flüchtlingen in Sammelunterkünften, ihr rechtloser Status, die absichtlich aufgerichteten Hindernisse für ihre Integration usw. (...) Er engagierte sich auch, um zu verhindern, daß Überlebende aus dem Haus Hafenstraße – also Zeugen der Katastrophe – abgschoben würden, was ihm im Fall eines Nigerianers nicht gelang. Er engagierte sich für Humanität und Menschenrechte, und er sagte: „Wo Humanität und Menschenrechte auf dem Spiel stehen, muß es das Recht auf zivilen Ungehorsam geben." Kurz: Er verhielt sich so, wie ich es von einem demokratischen Politiker wünsche und wie wir es auch erwarten sollten.

Lübecker Nachrichten

Aber was waren die Folgen? Die „Lübekker Nachrichten", das zum Springer-Konzern gehörende regionale Monopolblatt, nannte Bouteiller Anfang März 1996 „diesen sich in der Rolle des Menschenfreundes so sehr gefallenden Bürgermeister", und im selben schäbig-hämischen Ton hetzten sie dann unentwegt. Daß „Menschenfreund" hier gleich zum Schimpfwort wurde, sollten wir festhalten.(...)

Die Sorge um das Ansehen Deutschlands im Ausland drückt sich in vielen Artikeln, die ich gelesen habe, als Hauptsorge aus. „Lübeck fürchtet um seinen Ruf", lautete gleich am 19. Januar 1996, dem Tag nach dem Brand, eine Überschrift in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ). Dort las man: „Liegt ein Fluch über Lübeck?" Sofort stimmte die schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Heide Simonis in die Sorge ein, das Ansehen der Stadt könne unter den Berichten über den Brandanschlag leiden: „Die Lübecker hätten solche schlimmen Schlagzeilen nicht verdient," ließ sie im „Flensburger Tageblatt" wissen. „Die Lübecker tun mir fast genau so leid wie die Opfer."

Frankfurter Allgemeine

Dieses Mitleid mit „den Lübeckern", dieses deutsche Selbstmitleid, durchzieht viele Artikel, die ich gelesen habe. Im Nu wurden die Lübecker, die Deutschen, zu den eigentlichen Opfern erklärt. Schon in manchen Schilderungen der Brandnacht kamen die Flüchtlinge als Opfer kaum vor. (...) Die „Woche" befaßte sich ganzseitig mit den Leiden der Stadt Lübeck unter dem Titel „ Die Wut, die Stadt und der Tod – Warum nur immer Lübeck?" Die Autorin fragte: „Wie umgehen mit dem ungeheuerlichen Verdacht, den die Welt den Lübeckern auf die Schultern gelegt hat?"

Die Welt. Die böse Welt! Wir armen Deutschen!

Ähnliches Mitleid wie die Lübecker erfuhren die Grevesmühlener, weil einige junge Neonazis aus dieser mecklenburgischen Stadt in Verdacht geraten waren, die Täter zu sein. „Auf Grevesmühlen lastet der Verdacht schwer", titelte die „Ostsee Zeitung". Das „Hamburger Abendblatt", ebenfalls eine Springer-Zeitung, erschien am 20. Januar 1996 mit der Überschrift „Das Ausland sieht Deutschland am Pranger". Die FAZ aber stellte die Überlegung an, was denn wäre, falls sich erwiese, „daß den Brand in Lübeck nicht ein Deutscher gelegt hat". Diese Überlegung erfüllte den Autor mit Zuversicht: „alle, die verantwortungslos ... mit der Nazi-Keule auf Deutschland zu schlagen gewohnt sind, würden es dann etwas schwerer haben."

Deutschland, so viel war nun klargestellt, war das wahre Opfer. Deutschland, ganz Deutschland war an den Pranger gestellt und wurde mit der „Nazi-Keule" geschlagen. Die „Nazi-Keule" – welch ein Wort! Deutschland als Dauer-Opfer der „Nazi-Keule", mit der die böse Welt uns schlägt. Dagegen begehrte die FAZ, die „Zeitung für Deutschland", auf. Die Feinde Deutschlands sollten es „etwas schwerer haben". Zu diesem Zweck müßte „sich erweisen, daß den Brand in Lübeck nicht ein Deutscher gelegt hat".

Wie gut, daß die Staatsanwaltschaft prompt einen Ausländer, einen Bewohner des Flüchtlingsheims, als Täter präsentieren konnte. Die „Aachener Volkszeitung" kommentierte: „Wir dürfen erleichtert sein, weil Deutschland nicht ein weiteres Mal am Pranger steht." (...)

Für herrschende Propaganda, deren Aufgabe es ist, die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse als die bestmöglichen darzustellen, ist es immer ein Problem, Erklärungen für etwas zu finden, was das schöne Bild beeinträchtigt. Keine Lösung ist ihr so willkommen wie die, daß der Fremde, das Ausland, die Ausländer schuld sind. Dann bestätigt sich doch: Wir sind gut, die anderen sind schlecht. Gefahren können nur von außen kommen. Als Sündenböcke werden Ausländer geradezu gebraucht.

Ein Blick in die deutsche Geschichte lehrt allerdings: Alles Unheil ist mitten in der Gesellschaft selber entstanden. Bedrohung von außen wurde oft konstruiert – als Vorwand für eigene Aggression nach außen. Der Fremde als Feindbild dient dazu, die Volksgemeinschaft der vermeintlich Guten zu konstituieren. So gelingt es, von inneren Konflikten und Gegensätzen in dieser Gesellschaft abzulenken.

Nationalistische Propaganda fand noch immer einen Bösen, gegen den wir guten Deutschen uns zur Wehr setzen mußten: den Holländer van der Lubbe, der den Reichstag angezündet habe, oder den aus Hannover vertriebenen Herschel Grynszpan, der 1938 mit einem Attentat auf einen deutschen Botschaftssekretär in Paris den guten Deutschen das Recht zur Reichspogromnacht gab.

Wie sehr wir Deutschen unter der Schlechtigkeit der Welt zu leiden haben, faßte diejenige Springer-Zeitung, die vom Verlag einmal als „die deutsche Volkszeitung schlechthin" bezeichnet wurde, die „Bild"-Zeitung, per Schlagzeile in die knappen Worte: „Immer mehr Asylanten – immer mehr Kriminelle". Wer hatte das Wohnhaus türkischer Familien in Solingen angezündet? Deutsche Neonazis? Die Angeklagten wurden freigesprochen. Wie gut, wenn nun in Lübeck ein Ausländer sagte: „Wir warn's".

Mich machte gerade diese Formulierung skeptisch. Wer ist mir „wir" gemeint? Die Familie Eid? Safwan Eid und seine Brüder (die vom Dach gerettet werden mußten oder aus dem ersten Stock springen mußten)? Diese Fragen wurden in der propagandistischen Publizistik, mit der ich mich hier auseinandersetze, nie gestellt. Der Satz mußte einfach so stehen bleiben: „Wir warn's". Die Ausländer. Das Geständnis. Endlich gaben sie zu, daß sie selber die Bösen, die Schuldigen sind.

„Diagnosen-Verlag" heute

Der „Diagnosen-Verlag" gibt weiterhin Bücher heraus, in welchen sich die gleichen Inhalte wie in CODE finden. Seit dem Januar 1989 wird von „Diagnosen" auch die Zeitschrift „Gesunde Medizin" herausgegeben, wo sich gelegentlich auch Anzeigen des Staates Israel („Ein Kurlaub am Toten Meer, und meine Haut lebt auf") finden. Bei dieser Zeitschrift finden sich nicht nur die selben Macher wie bei CODE, wie **Franke-Gricksch** und **Olschewski** wieder, sondern auch ein alter Anzeigenkunde von „Diagnosen" und CODE: das Versandhaus Tien. Dieses war über Jahre hinweg größter Inserent des Magazins mit zum Teil zwei ganzseitigen Anzeigen. Somit ist **Tien** wohl auch der größter privater Finanzier des „Diagnosen-Verlages".



Hierher kommt das Geld: Tien in Nordhorn

Diese Anzeigen dürften nicht der Grund für den Aufstieg des Versandhauses sein, haben diesen aber auch nicht behindert. Vor einigen Jahren zog das Unternehmen aus der Nordhorner Innenstadt in eine nahes Industrie- und Gewerbegebiet, wo ein großes neues Versandzentrum bezogen wurde. „Tien" wurde im Laufe der achtziger und neunziger Jahre zu einem Großunternehmen im Bereich des Versandes von Geräten für Gesundheit und umweltschonende Haushaltsführung.

Die Einstellung des „Anderen deutschen Nachrichtenmagazin" steht nicht nur für das Ende eines traditionellen Blattes der extremen Rechten, sondern auch für einen strukturellen Wandel. Längst boomen „Verschwörungstheorien" in der Esoterik- und Ufo-Szene. Mehr oder wenig offen antisemitische Artikel erscheinen in esoterischen Zeitschriften und Autoren wie **„Jan van Helsing"** erreichen sechsstellige Auflagen.

Literatur:
Bollmer, Johannes: „Enthüllungen über den Ernährungspapst"; Buxtehude, 1988
Leggewie, Claus: „America first?"; Frankfurt/M.; 1997
Lipstadt, Deborah E.: „Betrifft: Leugnen des Holocaust"; Zürich, 1994

Andreas Speit

Im Namen der Tiere

„Die Befreiung der Tiere ist zugleich die Befreiung der Menschen" prononciert die Tierrechtsszene im allgemeinen und formuliert Peter Singer im besonderen. Doch der renommierte Bioethiker illustrierte bereits 1975 in seiner Publikation „Animal Liberation. Die Befreiung der Tiere" nicht nur Programm und Vision der Tierrechtsbewegung, sondern auch seine Synthese von Tierrechts- und Euthanasieforderungen.

Die ersten Worte der Publikation, die als „Bibel der Tierbefreiungsbewegung" gehandelt und als „Initialzündung für die neue Bewegung" betitelt wird, sind eine Anklage: „Das Thema des Buches ist die Tyrannei der Menschen über nichtmenschliche Tiere". Das Ausmaß von Schmerzen und Leid der Tiere, verursacht durch den Menschen, sei nur vergleichbar mit der jahrhundertelangen Tyrannei „der Weißen" über „die Schwarzen". Weshalb **Peter Singer** die Befreiungsbewegung der Tiere in einer Linie mit denen gegen Rassismus und Sexismus sieht.

Diese Einbeziehung der Tierrechtsbewegung in die Emanzipationsbewegungen ist ein Axiom der Singerschen Argumentation. Mensch und Tier befänden sich auf einer Ebene und könnten „Personen" mit den gleichen Rechten sein. Die Mißachtung der Tierrechte definiert er als „Speziesismus", da ihnen aufgrund einer willkürlichen Zuschreibung als „Spezies" das „grundlegende moralische Prinzip der gleichen Berücksichtigung von Interessen" verwehrt würde. Die Konstruktion funktioniert wie beim Rassismus und Sexismus basierend auf Vorurteilen und deren willkürlichen Zuschreiben von Merkmalen.

Singer, Professor für Philosophie und Direktor des „Center for Human Bioethics", hebt jedoch hervor, daß die Ablehnung des Speziesismus nicht impliziert, daß alle Lebewesen den gleichen Wert hätten. Mit einem Rekurs auf Jeremy Bentham findet die Forderung nach der Ausdehnung der moralischen Einstellung über die Grenzen der menschlichen Spezies hinweg seine Grenze in der Leidensfähigkeit des „Wesens". Vor ca. 200 Jahren markierte der Begründer der reformutilitaristischen Schule die „unüberwindbare Grenzlinie": „Die Frage ist nicht: können sie denken? oder: können sie sprechen, sondern: können sie leiden?". Singer greift den Gedanken Benthams auf und resümiert, daß „die Fähigkeit zu Leiden und Freude eine Vorbedingung" sei, „um überhaupt von Interesse sprechen zu können" und folgert: „Wenn ein Wesen leidet, kann es keine moralische Rechtfertigung dafür geben, dieses Leiden nicht zu berücksichtigen. Wie auch immer das Wesen beschaffen sein mag, das Prinzip der Gleichheit verlangt, daß (...) sein Leiden genauso zählt wie ein entsprechendes Leiden irgendeines anderen Wesens. Ist ein Wesen nicht in der Lage zu leiden oder Freude bzw. Glück zu erfahren, dann gibt es nicht zu berücksichtigen". Als weitere Kriterien für die Gleichbehandlung von Interesse werden, neben der Leidensfähigkeit oder des Schmerzempfindens, Intelligenz, Selbstbewußtsein, Bewußtsein sowie Zukunftsperspektive angeführt, die allerdings im begrifflichen Nebel bleiben. Trotz der Unschärfe der Begriffe beschreibt Singer, in welchen Fällen es denn nichts zu berücksichtigen gäbe, wenn ein oder mehrere Kriterien nicht fassen.

Um seine Argumentation zu intensivieren, führt er u.a. an: „Selbst bei der besten nur möglichen Pflege können manche geistig schwerstgeschädigte Säuglinge niemals den Intelligenzgrad eines Hundes erreichen. (...) In den Augen jener, die dem Kind ein 'Recht auf Leben' zuschreiben, liegt der einzige Unterschied zwischen den Neugeborenen und einem Tier darin, daß das Kind biologisch ein Mitglied der Spezies Homo Sapiens ist, während Schimpansen, Hunde und Schweine es nicht sind. Dem Neugeborenen auf der Grundlage dieses Unterschiedes ein Lebensrecht zu gewähren und den anderen Tieren nicht, ist aber natürlich blanker Speziesismus". In diesem Kontext tauchen sodann schwerstbehinderte Kleinkinder oder Menschen im Stadium fortgeschrittener Senilität auf, deren Grad an Selbstbewußtsein geringer sei, als das eines Schimpansens, Hundes oder Schweins. Das „speziesistische Vorurteil" rechtfertige auch, warum hirngeschädigte Menschen nicht für medizinische Versuche dienen, was Singer kritisiert: „Ich glaube nicht, daß es niemals gerechtfertigt sein könnte, einen hirngeschädigten Menschen für einen Versuch zu verwenden. Wenn es wirklich möglich wäre, mehrere Leben durch einen Versuch zu retten, der nur ein Leben kosten würde (...) dann wäre es richtig, den Versuch durchzuführen". Aus der antispezieistischen Argumentation heraus negiert er konsequent die intrinsische Würde des menschlichen Individuums und fragt z.B.: „warum alle Menschen - auch Säuglinge und geistig behinderte Menschen, aber auch kriminelle Psychopathen, Hitler, Stalin und alle übrigen Menschen - eine Art von Würde oder Wert besitzen sollen, die kein Elefant, Schwein oder Schimpanse jemals erlangen kann".

In der von ihm herausgegebenen Publikation „Verteidigt die Tiere", die vier Jahre nach „Animal Liberation" 1986 in deutscher Übersetzung erschien, thematisiert er ebenso, daß Schimpansen in schrecklichen Primaten-Forschungszentren zu Experimenten „genutzt" werden, während „jene Unglücklichen, die mit einen schweren Gehirnschaden geboren wurden" dies erspart bliebe, „ganz gleich wie stumpfsinnig" sie seien. Desweiteren hebt er erneut hervor, „daß die Spezies an sich nicht entscheidend sein kann, ob ein Recht auf Leben besteht": „Wenn es unrecht ist, einem stark hirngeschädigten, verlassenen menschlichen Kleinkind das Leben zu nehmen, muß es gleichermaßen Unrecht sein, einem Hund oder einem Schwein auf vergleichbarer Geistesstufe das Leben zu nehmen".

Die Synthese von Tierrechts- und Euthanasieforderungen ist ebenso ein Axiom in Singers „Praktischer Ethik". Parallel zur Tierrechtsargumentation konzipiert der Bioethiker in der 1984 verlegten deutschsprachigen Ausgabe exemplarisch an Grenzthemen der Ethik und Moral, wie Abtreibung, Kindstötung, aktive und passive Euthanasie sowie der Tötung von Tieren, seine Ethik - verbunden mit dem Anspruch der Tauglichkeit für die Praxis. Doch er reflektiert weder die Gen- und Reproduktionstechnologie noch die bestehenden gesellschaftlichen Bedingungen. Statt dessen focussiert sich der Blick, getreu der bioethischen Intention, auf den Menschen, der als einziges Element modellierbar erscheint und zur Disposition steht. Konsequenterweise fragt Singer auch nur „was der Mensch ist", um die Soziale Frage zu beantworten. Hierbei entwirft er zur Orientierung einen Personenbegriff und differenziert zwischen „lebenswert" und „unwert". Dies sei ein zentrales Element der Ethik, wie **Helga Kuhse** als ständige Mitarbeiterin Singers 1986 überdeutlich auf dem 7. „Internationalen Kongreß für Humangenetik" verkündete: „Im Rahmen dieser Ethik ist es möglich und notwendig zwischen lebenswert und unwert zu unterscheiden und das Lebensunwerte zu vernichten".

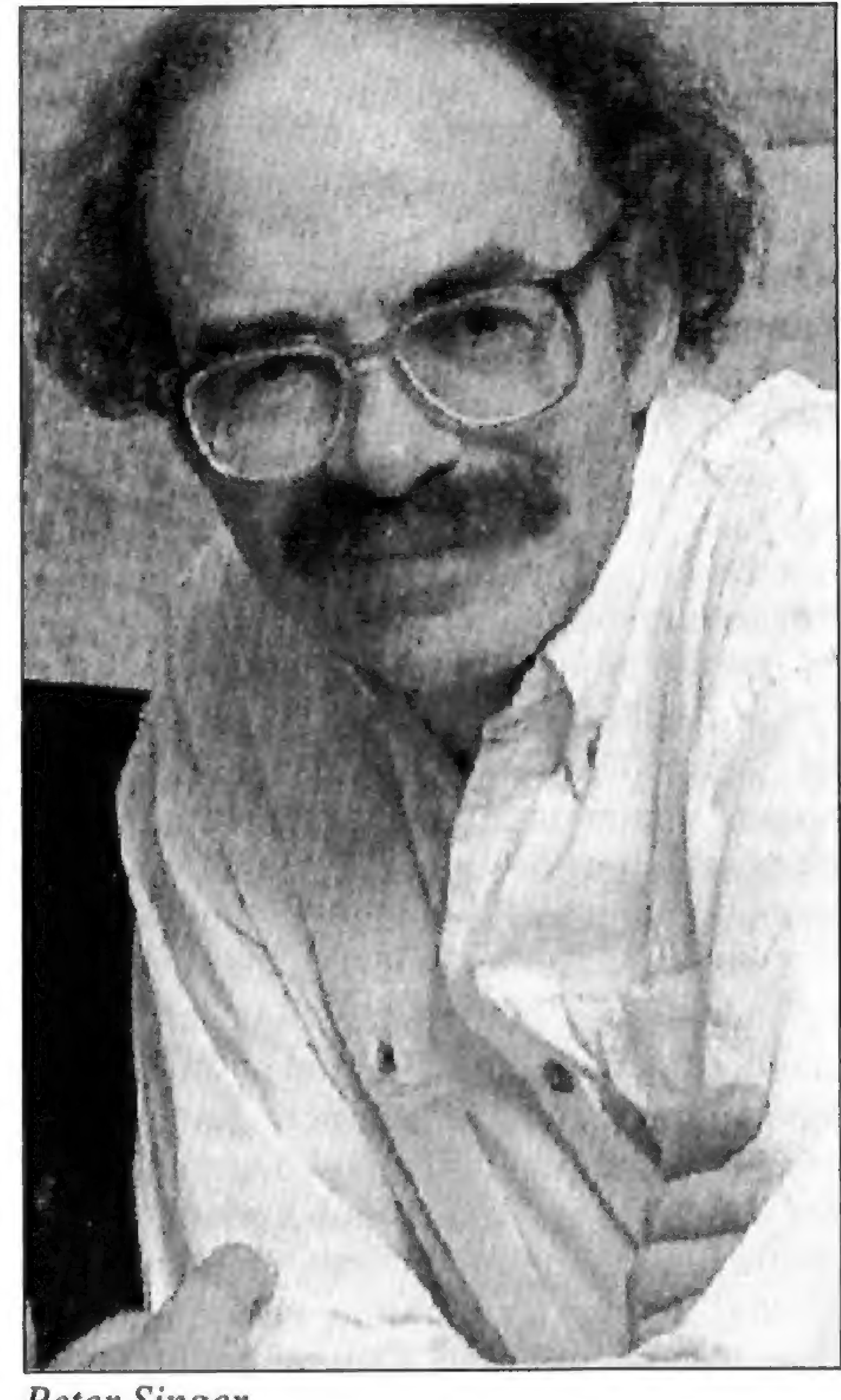
Nachdem Singer in der „Praktischen Ethik" feststellte, daß das Leben aller Menschen von gleichem Wert sei, stellt er die Frage, ob „ein nichtmenschliches Lebewesen eine Person sein könnte und fragt weiter, ob „ein Tier nicht eine Person zu nennen" wäre. Wie in „Animal Liberation" stellt er fest, daß Kriterien und Fähigkeiten, die menschliche Wesen als Person ausmachen, für Tiere ebenso zutreffen würden. Diesbezüglich führt der australische Autor zwei Aspekte, Sprache/ Kommunikation und Selbstbewußtsein, an.

Mit dem Hinweis, es sei bewiesen, daß zumindest einige Tiere selbstbewußt sind, resümiert er, daß Personen nicht notwendigerweise Menschen seien. Neben den Affen konstatiert er Selbstbewußtsein und Kommunikation bei Gorillas, Hunden, Delphinen, Katzen und Schweinen. Sein Fazit: „Einige nichtmenschliche Wesen sind also nach unserer (seiner d.V.) Definition Personen". „Das menschliche Leben hat", laut Singer, insofern „einen Wert (...), als daß die meisten menschlichen Lebewesen ebenfalls Personen sind".

„Manche Angehörige anderer Gattungen sind Personen: manche Angehörige unserer eigenen Gattung sind es nicht. Keine objektive Beurteilung kann dem Leben von Mitgliedern unserer Gattung, die keine Personen sind, mehr Wert verleihen als dem Leben von Mitgliedern anderer Gattung, die Personen sind. Im Gegenteil gibt es (...) starke Gründe dafür, das Leben von Personen über das von Nichtpersonen zu stellen".

Was sich objektiv und „human" als Weiterentwicklung der Ethik darstellt, ist die direkte Einleitung zur Legitimation der Tötung von behinderten Menschen, denn, „so scheint es, daß etwa die Tötung eines Schimpansen schlimmer ist, als die Tötung eines schwer geistesgestörten Menschen, der keine Person ist".

Im folgenden skizziert er seinen Personenbegriff nach und ergänzt ihn um die Kriterien Leidensfähigkeit und Autonomie, bevor er akzentuiert: „Wenn ein Wesen leidet kann es keine moralische Rechtfertigung dafür geben, sich zu weigern, dieses Leiden in Erwähnung zu ziehen", denn: „Ist ein Wesen nicht leidensfähig, oder nicht fähig, Freud und Glück zu erfahren, dann gibt es nichts mehr zu berücksichtigen". Fast wort- und satzgetreu formulierte Singer es in „Animal Liberation". Hier konkretisiert er, „daß Geisteskranke, die nicht die Fähigkeit haben, die den normalen Menschen von anderen Lebewesen abgrenzt, unter diesen stehen, weshalb



Peter Singer

„den geistesgestörten Menschen (nicht) der Status oder die Rechte zuzugestehen seien, die für ihre Gattung normal sind".

Seine Rechtfertigungsargumentation für die nichtfreiwillige Euthanasie hat nicht, wie häufig verkündet, „nur" Neugeborene, deren Tötung nicht „gleichbedeutend mit der Tötung einer Person" sei, im Visier: „Der Einfachheithalber werde ich mich auf Kleinkinder konzentrieren, wobei sich alles, was ich sage, auch auf ältere Kinder oder Erwachsene anwenden läßt". Der „Einfachheithalber" meint er ganz am Rande, daß auch „Menschen, die durch Unfall, Krankheit oder hohes Alter ihr Personsein verloren haben, zur Disposition stehen.

Nachdem die Grenzen neu gezogen und die Euthanasie als Lösungsvariante offeriert wurde, bleibt offen, wie sie juristisch legitimiert und bürokratisch abgewickelt werden soll. Dies beantworten Singer und Kuhse in „Muß dieses Kind am Leben bleiben?". Die Frage des Titels ist rein rhetorisch, bereits im Vorwort wird die Frage des Lebensrechts „schwerstgeschädigter Neugeborener" mit „Nein" beantwortet. Sie fragen zum Abschluß der Publikation: „aber ist nicht irgendwann der Punkt erreicht, wo die Gemeinschaft zu recht sagen darf, daß Neugeborene, selbst wenn sie das Potential für ein lohnendes Leben besitzen, nicht am Leben zu halten seien, weil es einfach zu teuer werde (...)?".

Kontinuierlich versichert Singer gerne, daß er nicht die Absicht verfolge, den Status der Tiere zu heben und zugleich den der Menschen zu senken. Für die „Nichtpersonen", die für Experiment und Eliminierung freigegebenen werden, dürfte ist es allerdings egal sein, ob Singer nicht, „das Kleinkind oder die behinderte Person degradieren will, sondern umgekehrt (...) dem Leben der Tiere einen höheren Status geben möchte". Seine Ausdehnung der moralischen Einstellung über die Grenzen der eigenen Spezies hinweg hat die Eingrenzung der Menschenrechte bei Menschen zur Konsequenz.

Trotz dem inhärenten Verhältnis von Tier- und Euthanasieforderungen in der Singerschen Ethik und der ihr implizierten Konsequenz findet eine Singer-Rezeption in Teilen der organisierten Tierrechtsszene statt. Deutschlands größte Tierrechtsorganisation Animal Peace (AP), angeblich 25.000 Mitglieder, distanziert sich zwar, indem sie herausstellt: „Unsere Arbeit macht sich nicht an der Person Peter Singer fest, sondern beruht auf Fakten bezüglich der Tierrechte, die er, wie auch andere TierrechtlerInnen, bereits vor ihm formuliert haben. Seine Ansichten bezüglich der Euthanasie haben mit der Tierrechtsfrage nichts zu tun und sollten nicht miteinander in Verbindung gebracht werden". Doch, neben der Negation der inhärenten Singerschen Synthese, empfiehlt AP nicht nur Singers Publikationen sondern promotet auch das von ihm initiierte Great Ape Project, das Menschenrechte für Menschenaffen fordert. Was nicht verwundert. Der Berater von AP und seit neuestem Mitglied des Vorstandes, **Helmut F. Kaplan**, widmete Singer in Dankbarkeit: „für die Beendigung der jahrtausendelangen Blindheit und Schande der Ethik" seinen Bestseller der Tierrechtsszene „Leichenschmaus" und etikettiert Singer als bedeutensten" und „prominentesten" Vertreter der neuen Bewegung. Zwar kritisiert Kaplan als Salzburger Philosoph und Österreich-Koordinator des internationalen Great Ape Projects Singers Argumentation mit Hilfe des Utilitarismus, doch zugleich bescheinigt er ihr eine „Gesamtplausibilität". Die zarte Kritik wiederum hindert ihn nicht, Singer vor Kritik bezüglich seiner Euthanasiepositionen zu schützen.

Außer mit seinen Publikationen und seinem Engagement bei AP ist er ein gern gesehener Referent in der Szene und schreibt auch für die „Tierbefreiung Aktuell", herausgegeben vom Bundesverband der TierbefreierInnen, die sowohl seine als auch Singers Publikationen empfehlen.

Im Mainstream der heterogenen Tierrechtsszene dominiert indes weder eine direkte Rezeption Singers, noch eine dezidierte Distanzierung. Daß „die Befreiung der Tiere" im Singerschen Sinne nicht zugleich die „Befreiung der Menschen" ist, wird selten thematisiert. Kritische Stimmen, wie die Nadja Mayers von der Tierrechts Aktion Nord (TAN), bilden die Ausnahme. Sie versucht, den Speziesismus ohne Singer zu konzipieren. Ob eine kritische Reflexion die Regel wird, bleibt abzuwarten.

Horst Freires

Stawitz lenkt alles in Richtung NPD

Die Kräfte am äußersten rechten Rand in Schleswig-Holstein und Hamburg orientieren sich für die Bundestagswahl im nächsten Jahr in Richtung NPD. Dies war bereits nach den Verboten der FAP und Nationalen Liste zu beobachten, als die Jugendorganisation der NPD, die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) zum Auffangbecken wurden. Einer, der im Hintergrund die Bewegungen zum Sammeln und zur Bündnisfähigkeit bringt, ist Ingo Stawitz.



Ingo Stawitz

Der Nationalsozialist, der unter **Gerhard Frey** mit dem Einzug in den schleswig-holsteinischen Landtag für die „Deutsche Volksunion“ (DVU) 1992 wie ein Phönix aus der Asche auftauchte, dann im Streit von der DVU zur „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ DLVH wechselte, dort gleich in den Bundesvorstand aufgenommen wurde, engagiert sich jetzt für die NPD, nachdem die DLVH offiziell als Partei aufgehört hat zu existieren und nur noch als Verein in kleinerem Stil fortgeführt wird. Er war schon 1994 derjenige, der für die DLVH Schleswig-Holstein erklärte, sie werde mit der NPD unter dem Landesvorsitzenden **Uwe Schäfer** zusammenarbeiten, auch gegen mögliche Widerstände beider Parteien auf Bundesebene. 1996 rief er unter dem Begriff „Bündnis Rechts für Deutschland“ mit Schäfer zusammen in Hartenholm zu einer Veranstaltung (September), ehe eine weitere in Nortorf (November) folgte. In Hartenholm sprach dabei der Ex-Landesvorsitzende von Berlin der „Republikaner“, Dr. **Klaus Weinschenk**, in Nortorf referierte **Manfred Roeder**. Am 16. März gab es nun in Nortorf, unweit der Residenz des Ludendorffers, Ex-Republikaners und Heß-Verehrers **Hans-Werner Lepthien** ein weiteres Treffen. Zu allen drei Zusammenkünften erschienen jeweils über 130 Neonazis verschiedener Schattierungen - Intellektuelle wie Stiefelnazis. Vereinzelt waren auch Anhänger der DVU und der „Republikaner“ vertreten.

Die letzte Zusammenkunft in Nortorf lief unter dem Organisationsnamen „Bund für Gesamtdeutschland“. Die führenden Köpfe dahinter stecken auch in Hamburg. Da ist zum einen **Thomas Wulff**. Aus seinem Umfeld heraus wird der „Hamburger Sturm“ veröffentlicht (zuvor „Bramfelder Sturm“). Das Blatt hat die Nachfolge des „Index“ der „Nationalen Liste“ (NL) angetreten, seinen Inhalt aber noch mehr auf rechte Skins zugeschnitten. Verantwortlich rund um den „Hamburger Sturm“ ist die in Henstedt-Ulzburg ansässige „Patriotische Jugend“. Ein „Macher“ davon ist **Stefan Kalweit**. Aus diesem Dunstkreis heraus waren auch einige „Schläger“ beim Campingplatzüberfall in Plauen (Mecklenburg-Vorpommern) beteiligt.

Der „Bund für Gesamtdeutschland“ hat sich offenbar an die Spitze des „nationalen Widerstandes“ in Schleswig-Holstein gestellt. Er organisierte auch eine Anti-Drogen-Kundgebung am 30. November 1996 in Bad Segeberg. Redner dabei waren Stawitz und **Andreas Rothmann**, ein „Newcomer“, den man auch in Nortorf antraf. Am 15. März wiederholte man diese Aktion mit einer Demonstration gegen die Drogenfreigabe. In Bad Segeberg wurde, wie in anderen Städten der Aufmarsch verboten, in Quickborn rottete man sich kurz zusammen. Offensichtlich wollte man mit diesem populistischen Thema auch der CDU an den Kragen, hatten die Christdemokraten doch zeitgleich einen „Anti-Drogen-Tag“ ausgerufen. Die Mitglieder des „Bund für Gesamtdeutschland“, die den „Hamburger Sturm“ offenbar als ihre Postille benutzen, reichen zudem hinein bis in den niedersächsischen Raum (Tostedt, Buchholz). Damit hat man der 1995/96 ins Leben gerufenen „Norddeutschen Bewegung“ um **André Goertz** den Rang abgelaufen. Goertz hat sich nach interner Kritik zusammen mit seinem Kumpanen **Jan Zobel** (JN) isoliert, auch weil beide manchmal moderatere Töne den dumpf-nationalen vorgezogen haben. Die JN-Wortführerschaft gekoppelt mit der auch nach Mecklenburg hineinreichenden „Norddeutschen Bewegung“ wurde den beiden letztgenannten jedenfalls entzogen. Im JN-Organ „Einheit und Kampf“ haben Wulff und der einsitzende **Christian Worch** aus Hamburg wieder die Linie vorgegeben. Diese scheint so auszusehen, daß man unter den Begriffen „Nationaler Widerstand“, „Bund für Gesamtdeutschland“ oder auch „Bündnis Rechts (für Deutschland)“ Aktivitäten laufen läßt und hinter den Kulissen am großen Erstarken der NPD/JN gebastelt wird.

Verurteilt

Zu einer Geldstrafe von 7200 Mark hat das Amtsgericht Eckernförde den 73jährigen ehemaligen Marineoffizier **Horst Ochmann** aus Groß Wittensee verurteilt. Er ist Herausgeber der Broschüre „Anzeiger der Notverwaltung des Deutschen Ostens im Deutschen Reich“. Im Februar 1995 hatte er in einer Buchbesprechung des Werkes „Verdammter Antisemitismus“ von Harold C. Robinson einen volksverhetzenden Text veröffentlicht. Ob er auch der Urheber der antisemitischen Rezension war, ließ sich vor Gericht nicht klären. Im Juni 1995 zog Ochmann den Massenmord an den Juden sowie die Existenz der Vernichtungslager der Nazis in Zweifel. Das Gericht ordnete die Einziehung der Schriften an. Ochmann kündigte an, gegen das Urteil Berufung einzuleben.

REP-Fanclub

Die „Republikanische Jugend“ (RJ) in Mecklenburg-Vorpormern muß sich nun schon des Idols Michael Schumacher (Formel-I-Pilot) bedienen, um junge Leute zu rekrutieren. Dazu rief die RJ in einem Schreiben, unterzeichnet vom REP-Landesvorsitzenden **Bernd Bernhard**, den „1. offiziellen Michael Schumacher Fanclub“ ins Leben. Mitglied könne werden, wer der RJ selbst oder dem „Freundeskreis der RJ“ angehöre. Neben preisgünstigen Fahrten zu den Rennstrecken Europas sollen interessierte junge Leute auch mit dem verbilligten Erwerb von Fan-Utensilien sowie mit den Anpreisen von regelmäßigen Clubtreffen für die RJ geworben werden. Gleichzeitig werde aber auch die „politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit“ nicht vernachlässigt, heißt es von der RJ. Als Kontaktadresse ist das REP-Postfach in Neubrandenburg angegeben.

HNG-Mitgliederversammlung

Im nordhessischen Fuldabrück fand am 8. März die jährliche Mitgliederversammlung der neonazistischen „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangenen und deren Angehörige e.V.“ (HNG) statt. Entgegen der ursprünglichen Ankündigung wurde das Treffen von rund 100 Rechtsextremisten nicht in „einer privaten Räumlichkeit im Raum Süd-Niedersachsen“ durchgeführt, sondern in der Gaststätte „Kupferkanne“ im nahen Nordhessen. Angekündigt war die Nachwahl eines Kassenprüfers und der Auftritt eines „bekannten Redners“. Nach einer Meldung der Frankfurter Rundschau soll **Thomas Kubiak** von der „Sauerländer Aktionsfront“ das Treffen als „Hundeclub“ getarnt koordiniert haben.

Oliver Geden

Weder links noch rechts, sondern vorn?

Unter dem Banner des „Bioregionalismus" unternehmen die „Unabhängigen Ökologen Deutschlands" (UÖD) den erfolgversprechenden Versuch, die Umweltbewegung weiter nach rechts zu wenden. Ihre wertvollsten Gehilfen finden sie dabei in Eduard Gugenberger und Roman Schweidlenka, die einst als bedeutendste Kritiker von neofaschistischem Gedankengut im New Age galten.

Der Anfang der achtziger Jahre von **Rudolf Bahro** und **Herbert Gruhl** geprägte Wahlspruch scheint in der Umweltbewegung nun doch noch mehrheitsfähig werden zu können. Damals war das Gerede vom „Weder links noch rechts, sondern vorn" noch für die Mehrheit der Umweltbewegten als billige Verteidigungsstrategie exponierter Rechtsökologen zu erkennen. Konnte sich in den Auseinandersetzungen innerhalb der noch jungen grünen Bewegung zunächst der an emanzipatorischer Politik orientierte Flügel durchsetzen und den größten Teil der „rechten Grünen" 1982 in die Abspaltung als „Ökologisch-Demokratische Partei" (ÖDP) zwingen, so haben sich die Kräfteverhältnisse Mitte/Ende der achtziger Jahre wieder zu wandeln begonnen.

Der rechte Flügel der Umweltbewegung, der den Themenkomplex Natur- und Umweltschutz bis in die siebziger Jahre durchgängig dominiert hatte, gewann nun wieder deutlich an Zulauf. Die Verknüpfung der „ökologischen Frage" etwa mit der Hetze gegen Asylbewerber, mit der Militarisierung der deutschen Außenpolitik („Grünhelme") oder der Forderung nach einem starken Staat bis hin zur Diktatur gewann im Mainstream der Umweltbewegung deutlich an Boden, auch wenn solche Positionen dort noch nicht mehrheitsfähig geworden sind. Mitte der neunziger Jahre gewinnt der Rechtsdrift innerhalb der Umweltbewegung eine neue Qualität. Es sind vor allem Versatzstücke biozentrischer Ideologie, denen es mit ihrer scheinbaren Radikalität gelingt, nun auch bei jugendlichen Umweltbewegten massiv rechtsökologisches Gedankengut zu verankern. Nicht zu vergessen, daß mittlerweile sogar Teile ehemals linksautonomer Infoladenstrukturen unter die Räder des Biozentrismus geraten sind, was besonders augenfällig im Ruhrgebiet zu beobachten ist...

Der Biozentrismus ist eine in ihrem Kern extrem menschenfeindliche Ideologie. Sie beansprucht für sich, im Namen der ausgebeuteten Natur zu sprechen, die Rechte und Standpunkte von Mineralien, Pflanzen und Tieren zu vertreten. Sie richtet sich gegen den vorherrschenden „Anthropozentrismus", der das menschliche Subjekt in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen stellt. Vordergründig geht es dem Biozentrismus um die Aufwertung „der Natur" gegenüber dem Menschen, faktisch aber betreibt er die radikale Abwertung menschlicher Bedürfnisse. Die Spannbreite biozentrischer Ideologie reicht dabei von der Warnung vor der vermeintlichen Unnatürlichkeit von Drogen, Abtreibung und Homosexualität bis hin zur Forderung, daß der Erde lediglich eine Gesamtbevölkerung von etwa 100 Millionen Menschen zuzumuten sei, um auch die Wildnis zu dem ihr gebührenden Recht kommen zu lassen. Der Biozentrismus stellt somit nichts anderes als eine Sonderform des Biologismus dar, der als Ableitung sozialer Verhältnisse aus den vermeintlichen Naturgesetzen seit jeher zum Standardinventar konservativer bis faschistischer Ideologie gehört.

Der Biozentrismus verfügt über viele verschiedene Ausdrucksformen, etwa die radikale Tierrechtsbewegung, den politischen Veganismus oder die spirituelle „Tiefenökologie". Dem Gesamtprogramm des Biozentrismus entspricht aber noch am ehesten der „Bioregionalismus", der von allen Ausdrucksformen auch über die größte Anschlußfähigkeit an die Umweltbewegung verfügt. Die bioregionalistische Bewegung beschränkte sich bis vor wenigen Jahren noch ausschließlich auf die USA, später dann auch auf Großbritannien. Seit 1995 ist der Bioregionalismus auch im deutschen Sprachraum präsent, popularisiert vor allem durch **Eduard Gugenberger** und **Roman Schweidlenka**.

Gugenberger und Schweidlenka sind keine Unbekannten in der antifaschistischen Szene. Mit „Mutter Erde - Magie und Politik" waren die beiden österreichischen Historiker 1987 die ersten nach Georg Lukacs, die in größerem Umfang die ideologische Nähe von spirituellem und faschistischem Gedankengut herausarbeiteten. Doch ihr Anliegen war nie ein primär antifaschistisches. Es geht ihnen vielmehr darum, innerhalb des spirituellen Lagers, zu dem sich selbst zählen, Grenzen zu ziehen. Grenzen zum rechten Rand, aber auch zu den stetig anwachsenden Kommerzialisierungstendenzen im New Age, die sie mit dem von ihnen 1992 herausgegebenen Sammelband „Mißbrauchte Sehnsüchte" kritisierten. Ihr Ziel ist die Verbindung von Spiritualität und Politik, deren Geschichte sie sich 1993 in „Die Fäden der Nornen" annahmen und die auch ihrem Ende 1995 erschienenen Buch „Bioregionalismus. Bewegung für das 21. Jahrhundert" zugrunde liegt. Nach gut einem Jahrzehnt mehr oder weniger kritischer Beobachtung spiritueller Bewegungen scheinen die beiden nun endgültig zu einem eigenen Standort innerhalb dieser Szene gefunden zu haben. Ihr Buch ist der Versuch, den Bioregionalismus auch in die heimische Umweltbewegung zu tragen. Darauf weist auch der bewußte Wechsel der Autoren von ihrem angestammten und renommierten Wiener „Verlag für Gesellschaftskritik" zum Osnabrücker Kleinverleger Hermann Cropp hin, dessen „Packpapier-Verlag" eine der Institutionen der deutschen Alternativbewegung darstellt.

Doch was hat es nun auf sich mit dem Bioregionalismus? Gugenberger/Schweidlenka verstehen ihn „als Synthese unterschiedlichster Bewegungen - des Regionalismus alter Prägung mit seinem kulturell-politischen Forderungsprogramm, der diversen ökologischen Strömungen, der neuen sozialen und neuen spirituellen Bewegungen." Von einer eigenständigen bioregionalistischen Bewegung in den USA kann erst ab Anfang/Mitte der siebziger Jahre ausgegangen werden, organisatorisches Zentrum ist bis heute die in San Francisco ansässige „Planet Drum Foundation". Unter dem ideologisch-organisatorischen Einfluß von Peter Berg, John Todd, Jim Dodge, David Haenke, Thomas Berry, Gene Marshall und Kirkpatrick Sale ist aus dem Bioregionalismus mittlerweile der wichtigste Strang der nordamerikanischen Alternativ- und Ökologiebewegung geworden.

Der Unterschied zur deutschen Umweltbewegung liegt im wesentlichen im hohen Stellenwert ökologischer Spiritualität. Die Natur wird als beseelt aufgefaßt, der Mensch soll sich in seiner jeweiligen Bioregion, deren Einteilung rein nach biologisch-geographischen Gesichtspunkten erfolgt, verwurzeln und sich in sie einfügen. Zu welch' gefährlichen Verwirrungen die bioregionale Weltsicht führen kann, zeigt das Beispiel von Peter Berg, einem Vordenker der Bewegung: „Also ich glaube, daß alle Menschen Teil der Gattung Homo sapiens sind und somit eine Homo-sapiens-Identität haben. Aber wir haben diese Identität als tierische Art in einer Welt, in der auch andere Pflanzen und Tiere existieren. [...] Egal wie ekelhaft, dumm, brutal, häßlich oder töricht wir sind, unser tierisches Erbe ist das beste, was es an uns gibt. Es ist möglicherweise der ehrlichste, wohlwollendste und befriedigendste Aspekt unseres Seins, darum kann ich ohne Zögern sagen: Ein gutes Tier zu sein, bedeutet, ein äußerst hochstehendes Wesen zu sein."



Ökologie-Schriftleiter Strelow (UÖD)

Mit derartigen Gleichsetzungen von Mensch und Tier ebnet der Bioregionalismus den Weg für letztlich antiemanzipatorische Gesellschaftsentwürfe, die das Individuum primär in seiner Funktion für das übergeordnete Naturganze wahrnehmen. Thomas Berry, der „Theologe der Bewegung", hält in biologistisch-organizistischer Manier für die ein-

zelnen Menschen den folgenden Lebenssinn bereit: „An der Erdengemeinschaft als Mitglieder teilnehmen, den Fortschritt und die Fruchtbarkeit unserer bioregionalen Gemeinschaften fördern ... Jedes der Bestandteile der Lebenssysteme muß seine Funktion in die Gemeinschaft integrieren, um so auf jede nur



Öko-Bauer Baldur Springmann (UÖD)

mögliche wirksame Art und Weise das Überleben sichern zu können."

Diese in der Bewegung durchgängige Biologisierung sozialer Vorgänge wird von Gugenberger/Schweidlenka kaum kritisiert. Auch die in bioregionalistischen Konzepten durchgängig vorhandenen Gegenmaßnahmen zur vermeintlichen Überbevölkerung der Bioregionen, sowie die von Ideologen wie Kirkpatrick Sale geforderten „bioregionalen Kampfgruppen" rufen bei ihnen nur zaghaften Widerspruch hervor. Zwar sehen sie die Gefahr, daß sich der Bioregionalismus hierzulande leicht in das neurechte Konzept des „Europa der Regionen" einfügen ließe. Allerdings versteigen sie sich zu der Hoffnung, eine „bioregionale Identität" könnte in Europa „zu einer ernstzunehmenden Konkurrenz der neurechten Strategen werden, wenn er von diesen nicht vorher vereinnahmt wird."

Letztere Entwicklung ist angesichts der bioregionalistischen Rede von „Welt-Monokultur" und „Coca-Colonisation" in der Tat nicht unwahrscheinlich. Zwar warnen Gugenberger/Schweidlenka vor der „Neuen Rechten", sie bewegen sich mit ihren Positionen mittlerweile aber selbst in neurechten Gefilden. Die folgenden Ausführungen der Autoren könnten im Kern auch von den umweltbewegten Nationalrevolutionären um die Zeitschrift „wir selbst" stammen: „Bioregionalisten sind überzeugt, daß die Zerstörung bioregionaler Identität mit gleichzeitiger Einebnung kultureller und ethnischer Unterschiede zu einer globalen Vermassung in einer seichten, von den großen kapitalistischen Zentren beherrschten Welteinheitszivilisation führt, die wurzellose, heimatlose und in letzter Konsequenz nicht mehr verantwortungsfähige Menschen 'erzeugt'."

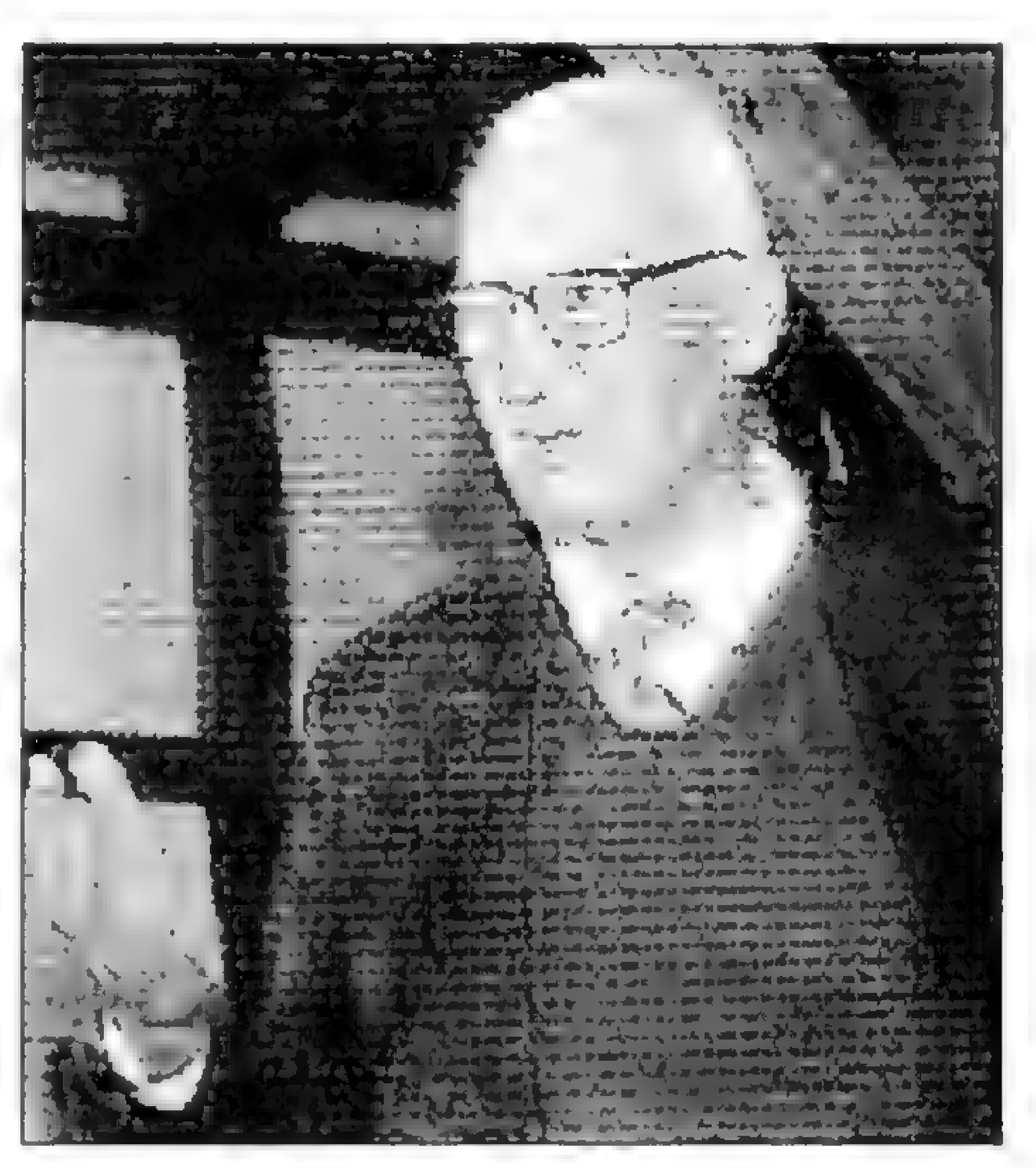
Kaum verwunderlich, daß das Buch von Gugenberger/Schweidlenka vor Jahresfrist bereits wohlwollend in der „Jungen Freiheit" rezensiert wurde. Nicht ungewöhnlich, daß die ÖDP-Rechtsabspaltung „Unabhängige Ökologen Deutschlands" gleich nach dem Erscheinen des Buches auf den Zug aufsprang und einen eigenen Bioregionalismus-Arbeitskreis gründete. Den UÖD geht es aber „natürlich" nicht um eine „unkritische Kopie des 'US-Modells', sondern dessen Weiterentwicklung in einem Europa und Deutschland gemäßen Rahmen". Aus diesem Grund beziehen sie sich vorwiegend auf europäische Ideologen, vor allem auf **Ludwig Klages**, einen der bedeutendsten deutschen Vertreter der präfaschistischen Lebensphilosophie, daneben auf die rechtskonservativen Gründerväter des deutschen Naturschutzes, **Wilhelm Heinrich Riehl** und **Ernst Rudorff.** Auf diese Weise versuchen sie, zwei Hauptcharakteristika des US-amerikanischen Bioregionalismus zu umgehen. So wollen sie zum einen den Einfluß von Esoterik und New Age zugunsten eines naturnahen Christentums im Sinne Albert Schweitzers beschneiden, zum anderen das Aufkommen eines starken, sich links gebenden Flügels, vermeiden.

Eduard Gugenberger und Roman Schweidlenka sind allerdings weitaus mehr als intellektuelle Zuarbeiter für die deutsche Avantgarde der Rechten Ökologie. Die beiden Historiker arbeiten seit kurzem auch direkt mit der UÖD zusammen. Dies kündigte sich bereits Ende letzten Jahres an. In der Ausgabe 10/96 des „Materialdienstes der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen" konnte man von Roman Schweidlenka bereits folgende Einschätzung der UÖD vernehmen: „Tatsache ist, daß der rechtsextreme Ansatz der indianophilen, naturreligiösen UÖD nur noch in homöopathischer Dosis als 'völkischer Hauch' zu erkennen ist und zumindest gegenüber der Öffentlichkeit ein ideologischer Schwenk weg vom traditionellen rechtsextremen Lager erfolgte. Rechtsextreme Wurzeln lassen sich nur mehr in der Biographie einzelner führender Köpfe dieser Vereinigung nachweisen."

Knapp ein halbes Jahr später scheint für die österreichischen Vorkämpfer des Bioregionalismus auch der letzte „völkische Hauch" der UÖD verschwunden. Zuerst erscheint in der Ausgabe 1/97 von „Ökologie", dem Verbandsorgan der Unabhängigen Ökologen, ein Artikel von Roman Schweidlenka mit dem Titel „Für eine Wiederbelebung der Ökologiebewegung". Dieser Artikel wurde erstmals in „Pangaia", dem Magazin des von Gugenberger/Schweidlenka initiierten „Arbeitskreis Bioregionalismus" veröffentlicht. Daneben war Schweidlenkas Artikel bereits im New-Age-Magazin „Die Andere Realität" (1/97) zu lesen, nur wenige Seiten vor einem mehrseitigen Extra zum Thema „Endzeitprophezeiungen" plaziert, das im wesentlichen auf dem 3. Buch des antisemitischen Verschwörungstheoretikers **Jan Udo Holey** (alias Jan van Helsing) beruht.

Nur wenige Tage nach dem Erscheinen der „Ökologie" versendet das „Historikerteam Gugenberger/Schweidlenka" schließlich eine umfangreiche „Grundsatzerklärung". Darin wird die neue Qualität der Zusammenarbeit mit den „Unabhängigen Ökologen" wie folgt legitimiert: „Bevor wir z.B. mit der wertkonservativen Gruppe der „Unabhängigen Ökologen Deutschlands" (UÖD) in einen durchaus kritischen Diskussionsprozeß eintraten, verlangten wir deren Distanzierung von Gewaltbereitschaft und rechtsextremen/neonazistischen Positionen, die uns schriftlich vorliegt."

Ob Gugenberger/Schweidlenka sich durch ihre jahrelange Zugehörigkeit zur New Age-Bewegung mittlerweile jeglicher Rationalität entledigt haben oder ob sie ihre Anhängerschaft schlichtweg für dumm verkaufen wollen, darüber kann bislang nur spekuliert werden. Die Fakten jedenfalls führen jeglichen Versuch der UÖD, sich unter Verwendung des Etiketts „Naturkonservatismus" vom Rechtsextremismus zu distanzieren ad absurdum. Die Führungsriege der Unabhängigen Ökologen, vor allem die ehemaligen ÖDP-Spitzenfunktionäre **Heinz-Siegfried Strelow**, **Herbert Pilch**, **Wolfram Bednarski**, **Baldur Springmann** und (bis zu seinem Tod 1993) auch Herbert Gruhl, besteht fast ausschließlich aus jahr(zehnt)elang am rechten Rand agierenden Personen. Im Verbandsorgan „Ökologie" finden sich bis in die jüngste Vergangenheit Beiträge von Nationalrevolutionären wie **Henning Eichberg**, **Alfred Mechtersheimer**, **Gerhard Quast**, **Konrad Buchwald** oder **Herbert Ammon**, von denen einige auch auf



Konrad Buchwald

Veranstaltungen der UÖD auftreten. Die „Unabhängigen Ökologen" vertreten alle gängigen rechtsökologischen Argumentationsstränge, von der Definition von Ausländern als „Umweltproblem", einer rigiden qualitativen und quantitativen Bevölkerungspolitik bis hin zur Forderung nach einer Öko-Diktatur.

Zum Jahreswechsel sind die Unabhängigen Ökologen Deutschlands dem bedeutendsten internationalen Netzwerk des Bioregionalismus beigetreten, der „Planet Drum Foundation". In „Ökologie" kommen mit **Dave Foreman**, dem Gründer von „Earth First!", mit **Haimo Schulz Meinen**, dem Gründer der deutschen „Naturbefreiungsarmee" oder mit **Gisela Bulla**, der Vorsitzenden der „Tierschutzpartei" immer häufiger Vertreter anderer biozentrischer Fraktionen zu Wort.

Eduard Gugenberger hingegen verkündet im Februar 1997 stellvertretend für den „Arbeitskreis Bioregionalismus und spirituelle Ökologie/Bad Aussee" die Auflösung dieser wichtigsten bioregionalistischen Organisation Österreichs. Bleibt abzuwarten, ob die Herren Gugenberger und Schweidlenka demnächst den UÖD-Ableger für die Bioregion „Ostmark" gründen werden. Zuzutrauen wär's ihnen.

Samuel Salzborn

Mit Rübezahl für den deutschen Osten

Eichberg und Mechtersheimer referieren vor „Vertriebenen".

Gleich zwei Höhepunkte bot das „Gerhart-Hauptmann-Haus" (Düsseldorf) innerhalb von drei Wochen seinen Gästen dar. Zunächst durfte der Nationalrevolutionär Henning Eichberg am 13. Februar zu einem seiner Lieblingsthemen referieren: Rübezahl. Laut Veranstaltungsankündigung im „Deutschen Ostdienst" (DOD), dem offiziellen Organ des „Bundes der Vertriebenen" (BdV), ging „der Berggeist [...] in viele Sagen und Mythen ein". Rübezahl gilt als der „Schutzgeist der Schlesier". So schreibt auch ein Autor der faschistoiden Wochenzeitung „Der Schlesier" regelmäßig unter dem Pseudonym „Rübezahl".

Wie der „Jungen Freiheit" zu entnehmen war, trat am 5.März der selbsternannte Friedensforscher **Alfred Mechtersheimer** an gleicher Stelle auf. Nahezu 100 Gäste



Fassade des „Gerhart-Hauptmann-Haus" in Düsseldorf mit den Wappen der mehr als „ostdeutschen" Länder

lauschten seinem Vortrag „Deutschland oder multiethnisches Siedlungsgebiet ?", darunter auch der nationale Bauunternehmer und „Witikone" **Günther Kissel** (zu Kissel vgl. DER RECHTE RAND Nr. 42). Umrahmt wurde die Veranstaltung von Infoständen des „Bundes freier Bürger" (BfB). Mechtersheimer befand sich quasi auf der Durchreise nach Stuttgart, wo er am 10.03. vor gut 200 Zuhörern auf Einladung der Landtagsfraktion der „Republikaner" im Stuttgarter Landtag zu einem ähnlichen Thema seinen nationalen Wahn verbreiten durfte.

Das „Haus des deutschen Ostens", mittlerweile in „Gerhart-Hauptmann-Haus" umbenannt, bietet neben regelmäßigen Veranstaltungen von landsmannschaftlichen Organisationen des BdV seine Räumlichkeiten auch dem nationalistischen und aggressiv-revanchistischen „Bund für Gesamtdeutschland" (BGD) feil. In der angegliederten Gaststätte, die wie zufällig den Namen „Rübezahl" trägt, finden auch des öfteren Treffen der NPD statt. Vom BdV wird das Haus als regionale Kultureinrichtung „zur Erhaltung, Fortentwicklung und Erforschung des Erbes und der Leistungen" der „Vertriebenen" angepriesen. Daß **Henning Eichberg** und Alfred Mechtersheimer für dieses Erbe eine Menge beisteuern können, belegt ein Blick auf ihr sonstiges Schaffen: Eichberg, eine der zentralen Figuren im Spektrum der sog. „Neuen Rechten", der ideologisch den Gebrüdern Strasser und der Waffen-SS nahesteht, versucht durch seine Regionalismus- und Rassismus- („Ethnopluralismus") Konzeptionen in linke Spektren hineinzuwirken, womit er bei der Friedensbewegung z.T. auch Erfolg hatte. Aus seiner Feder stammt die Grundsatzerklärung der „Aktion Neue Rechte" (ANR) und zahlreiche Artikel in rechten Postillen wie „wir selbst", „Nation & Europa" und „Criticón". Die Tatsache, daß der als Privatdozent an der Universität Stuttgart tätige Eichberg 1993 nicht zum außerplanmäßigen Professor ernannt worden war, schadete seinem Ruf unter den Revanchisten selbstredend nicht. Der Senat der Uni Stuttgart, der sich mit überwältigender Mehrheit gegen Eichberg ausgesprochen hatte, bekundete seinerzeit Zweifel, ob Eichberg „als Persönlichkeit die nötige Statur hat" und verweigerte ihm die wissenschaftliche Aufwertung. Für die Erwachsenenbildung der „Vertriebenen" ist seine „Qualifikation" aber genau die richtige - ebenso wie die von Mechtersheimer. Dieser machte sich als Erstunterzeichner der geschichtsrevisionistischen Anzeige „8.Mai 1945 - Gegen das Vergessen" und als Festredner bei der vom „Bündnis Konstruktiver Kräfte Deutschlands" (BKKD) organisierten Veranstaltung am Kyffhäuser-Denkmal 1995 einen Namen. Beiträge und Leserbriefe von ihm sind u.a. in „wir selbst", der „Jungen Freiheit" und dem „Schlesier" erschienen.

Alles in allem verwundert es kaum, daß der BdV laut Regierungsentwurf zur Wahrnehmung seiner „umfangreichen Aufgaben" 1997 fast 3,8 Mio. DM an institutioneller Förderung aus dem Bundeshaushalt erhält. Hinzu kommt noch die Finanzierung von Museen, Bildungseinrichtungen und Stiftungen, so daß sich ein Gesamtbetrag von wenigstens 18 Mio. DM ergibt, der den selbsternannten „Heimatvertriebenen" zur Verfügung steht. Das „Gerhart-Hauptmann-Haus" bekam von 1994 bis 1996 mehr als 200.000 DM direkt aus Bundesmitteln, zur „Förderung für die kulturelle und gesellschaftliche Integration der Aussiedler" und für die „Kulturarbeit gemäß § 96 BVFG" („Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge - Bundesvertriebenengesetz"; Anm. d.V.). Es läßt sich im Ansatz erahnen, was alles mit Hilfe dieser Gelder finanziert wird.

Witikobund

In der neuesten Ausgabe des vom revanchistischen „Witikobund" (WB) herausgegebenen „Witiko-Brief" findet sich eine Übersicht des neuen Bundesvorstandes. Bundesvorsitzender des rechtsextremen „Witikobundes" ist der ehemalige „Republikaner"-Funktionär **Horst Rudolf Übelacker**. Als Stellvertreter wirken Dr. **Friedrich Seemann** und der ehemalige bayerische NPD-Bundestagskandidat Dipl.-Ing. **Friedrich Zirwick** . Dr. **Alfred Ardelt**, **Carsten Kießwetter**, **Jörg Kudlich** und Dr. **Werner Nowak** fungieren als Beisitzer. Die Schriftleitung des „Witiko-Briefes" obliegt weiterhin dem ehemaligen REP-Aktivisten und Burschenschafter **Hans-Ulrich Kopp**. Die Vorstandswahlen fanden im Rahmen der Jahrestagung vom vergangenen September in Naumburg/ Saale statt. Zu den rund 20 WB-Senatoren zählen neben den ehemaligen Vorsitzenden Dr. **Walter Becher**, Dr. **Walter Staffa** , **Walter Stain** auch **Siegfried Zoglmann**, **Rudolf Mähner** und die rechten Professoren **Richard Eichler** und **Helmut Schröcke**. Der stellvertretende Landesvorsitzende des „Bund der Vertriebenen" von Niedersachsen Ardelt, Schröcke und weitere „Witikonen" haben den Aufruf zur rechtsextremistischen Münchner Demonstration „Unsere Großväter waren keine Verbrecher!" vom 1. März 1997 unterzeichnet. Unter den im aktuellen „Witiko-Brief" erwähnten neuen Mitglieder des „Witikobundes" befinden sich mehrere bekannte Rechtsextremisten. Der Verdener Mediziner **Rigolf Hennig** war sowohl bei den „Republikanern" als auch bei der „Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DLVH) aktiv. Er gehörte dem Bundesvorstand sowie dem niedersächsischen Landesvorstand der DLVH an und publiziert in zahlreichen rechtsextremen Periodika Leserbriefe. „Neu-Witikonin" **Heilwig Holland** ist REP-Kreisrätin im oberschwäbischen Landkreis Biberach, gehörte dem REP-Landesvorstand an und trat bei den beiden letzten Landtagswahlen für die rechtsextremen „Republikaner" im Südwesten an.

Lebensschutz Organisation" „Unabhängige Ökologen Deutschlands (UÖD) wohl. Am BKKD bastelt der „nationalrevolutionäre" Bundesschatzmeister der UÖD **Udo W. Reinhard** aus Hannover eifrig mit, liegt ihm doch die „Ökologisierung des konservativen Parteienspektrums" am Herzen. Deshalb darf auch er beim diesjährigen „Deutschlandpolitischen Seminar" nicht fehlen. Mit seinen Ausführungen zur „Umweltpolitik in der EU - Status quo und Aussichten" eröffnet er die Tagung.

Den fröhlichen Reigen faschistischer Vorträge und burschenschaftlicher Wißbegier setzte am Samstag der bereits oben erwähnte Sprecher des BKKD, Ramb, fort, um danach einem weiteren „Sprecher" der „konstruktiven Kräfte" das Wort zu überlassen: Dr. Alfred Mechtersheimer.

Ein Friedensforscher

Der von der JF als „Nationalrevolutionär" Geschmähte kann auf eine lange rechte Politikkarriere zurückblicken, die ihn schließlich 1995 zum Hauptredner des BKKD am Kyffhäuserdenkmal werden ließ. Nach einer



Henning Eichberg in jungen Jahren

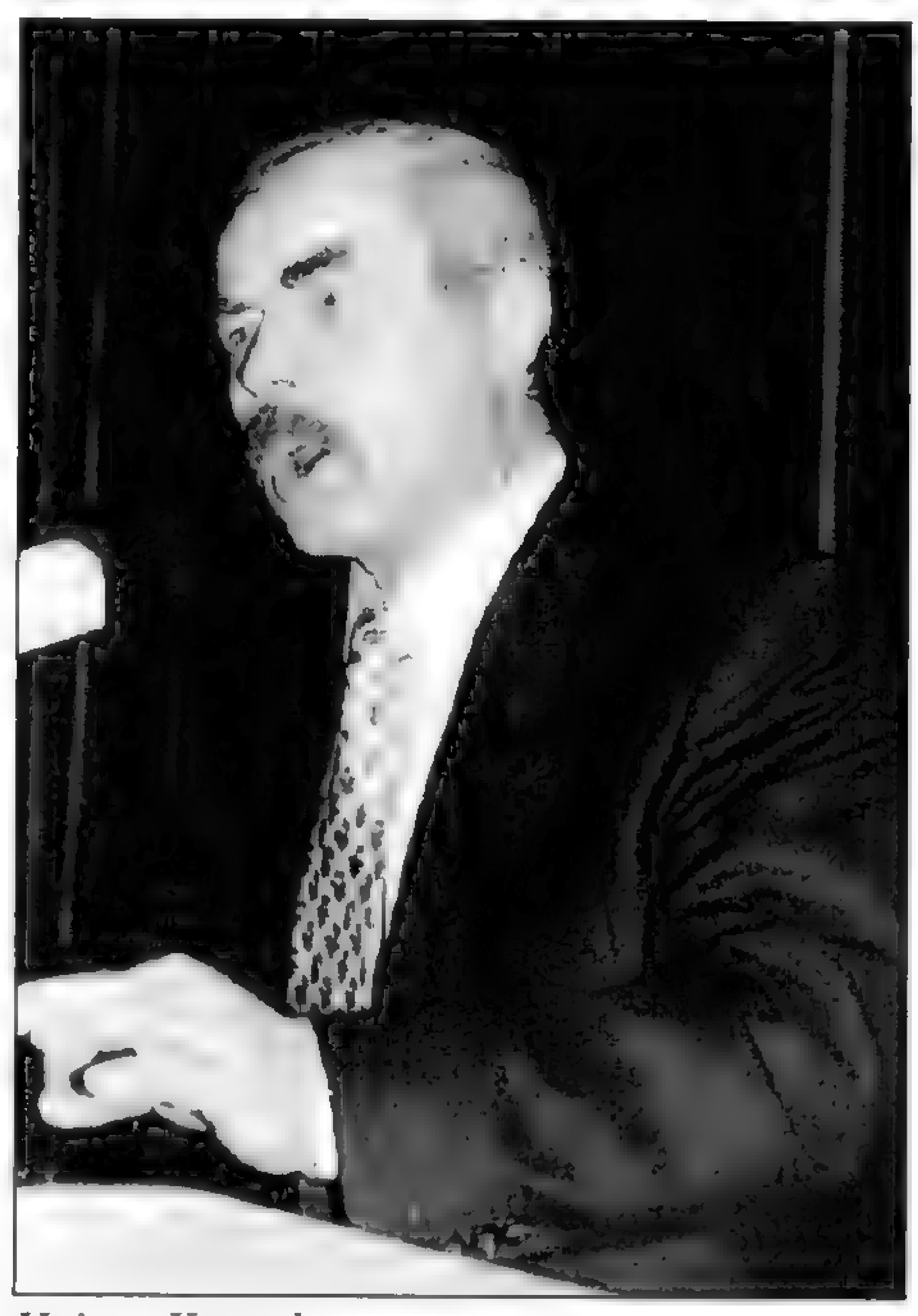
11jährigen CSU-Mitgliedschaft engagiert er sich ab 1981 als „Friedensforscher". Im Vorwort der 1985 erschienenen „nationalrevolutionären" Denkschrift „Friedensvertrag, Deutsche Konföderation, Europäisches Sicherheitssystem" fordert Mechtersheimer die „Selbstbefreiung der Deutschen von den Siegern des Zweiten Weltkrieges", um zwei Jahre später als parteiloser Kandidat der baden-württembergischen Grünen in den Bundestag zu ziehen. Dort kommt es 1989 zur Fraktionskrise, als bekannt wird, daß Libyiens Staatschef **Muammar Ghaddafi** mit Mechtersheimers Hilfe in der Schweiz heimlich eine Stiftung eingerichtet hatte. Ab 1991 kommt Mechtersheimer regelmäßig in der JF zu Wort, nachdem er sie in einem Leserbrief für ihren „Beitrag zur Befreiung vom 'Nationalen Komplex' der Deutschen" lobte. 1993 erscheint im Ullstein-Verlag unter Cheflektor **Rainer Zitelmann** sein Buch „Friedensmacht Deutschland - Plädoyer für einen neuen Patriotismus", mit dem er seinen Ruf als Antisemit und „Nationalrevolutionär" festigt und für das er in der gesamten rechten Szene gelobt wird. Von nun an erweitert sich seine Referententätigkeit vom NPD-nahen „Deutschen Arbeitnehmerverband" (DAV) um seine Gastrednereigenschaft beispielsweise beim Bundesparteitag des BfB 1995 oder bei einer Podiumsdiskussion des FDP-nahen „Cannstatter Kreises". Dort warnt er Ende 1995 davor, daß durch Zunahme der Bevölkerung „ausländischer Herkunft (...) die Intelligenz des Landes völlig in Frage gestellt" sei, um anschließend zu folgern: „Wenn wir die Menschen erst gar nicht ins Land lassen, müssen sie auch nicht abgeschoben werden". Neben seiner Mitgliedschaft in der rechten Sekte „Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland" (ENiD) entfaltet er seine politische Tätigkeit hauptsächlich in dem von ihm gegründeten „Friedenskomitee 2000", durch das er mit den UÖD und „nationalrevolutionären" Zirkeln um die Zeitschrift „wir selbst" des Chefideologen **Henning Eichberg** verbunden ist. Eichbergs „Dreifache Revolution" (d.h. national, sozialistisch und ökologisch) und dessen Plädoyer für einen „nationalrevolutionären Befreiungskampf des kolonialisierten Deutschland" fließen stetig in Mechtersheimers Reden ein. Er beglückte die Braunschweiger Burschen mit seinem Referat „Trotz Maastricht - Möglichkeiten einer nationalen Erneuerung".

Ein Psychopathologe

Nach der Mittagspause durfte dann ein weiterer Funktionär der ENiD seine Thesen zu Europa zum Besten geben. Der als Sozial-/Heilpädagoge an der evangelischen Fachhochschule in Berlin lehrende Prof. Dr. **Klaus Weinschenk** („Europa ja, Maastricht nein! Psycho (patho)logische Anmerkungen gegen Euro-Manie") ist AntifaschistInnen ebenfalls kein Unbekannter. Auch der ehemalige Berliner Landesvorsitzende der „Republikaner" kann auf eine lange rechte Karriere verweisen. Bereits in den 60er Jahren sammelte er als Mitglied der Berliner „Notgemeinschaft zur Rettung der Freien Universität" Namen und Adressen ihm politisch mißliebiger StudentInnen und leitete diese an Parteien, Wirtschaftsverbände und schließlich den Verfassungsschutz weiter. Weinschenk ist offenbar in vielerlei Hinsicht Traditionalist. Nicht nur, daß er eine besondere Vorliebe für rechte „Notgemeinschaften" besitzt, sondern auch die „Psychopathologie" scheint es ihm angetan zu haben, wie die Titel seiner Vorträge verraten. Am 15. Juni 1994 referierte er bereits schon einmal in den Räumen der Thuringia, damals vor dem AJK zum Thema „Psychopathologie des Antifaschismus". Justament während seines Vortrags versuchten eifrige AJK'ler in Weinschenks Fußstapfen zu treten und das soeben erlernte in die Tat umzusetzen. Sie filmten vom Balkon des „Thüringerhauses" die TeilnehmerInnen einer antifaschistischen Protestkundgebung mit einer Videokamera und werteten kurze Zeit darauf das Filmmaterial gemeinsam mit einem hilfreichen Beamten des Braunschweiger Staatsschutzes aus. Diese Arbeit nahm die Braunschweiger Polizei ihnen in diesem Jahr ab: Eine Hundertschaft samt Hundestaffel verhinderte, daß rund 40 AntifaschistInnen überhaupt in die Nähe der Thuringia kamen und filmte emsig drauflos, diesmal mit der eigenen Kamera.

Ein liberaler Geist

Solcherart für die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner gerüstet, konnte sich die versammelte Zuhörerschaft dann dem



Heiner Kappel

letzten Referenten zuwenden, der zum Abschluß des Seminars für das moralische Rüstzeug der jungen Kämpen zuständig war. Die Rede ist von Dr. **Heiner Kappel**. Durch seine Eigenschaft als Vorsitzender der „Liberalen Offensive in der FDP", dem nationalliberalen Flügel um den ehemaligen Generalbundesanwalt **Alexander von Stahl** und den revisionistischen Nolte-Zögling Rainer Zitelmann, schien er dafür bestens geeignet zu sein. Sein Eintreten für ein „Europa der Vaterländer", gegen eine „Multikulturelle Gesellschaft", den „Mißbrauch des Asylrechts" und gegen „Ökohysterie" sowie „Feminismus" liegt programmatisch auf einer Linie mit dem der übrigen Referenten. Die These „Selbstbewußtsein statt Selbstverleugnung einigt Europa" klang beschwörend genug um die Thüringer bei Laune zu halten.

Mit diesem Seminar bewies die Burschenschaft Thuringia wieder einmal ihre Zugehörigkeit zur seriös und bieder daherkommenden faschistischen Szene und ihre Funktion als Vernetzungspunkt und Ideologielieferantin der sich selbst so gern als „neu" darstellenden extremen Rechten. Die Tatsache, daß es den Braunschweiger Burschenschaften in den letzten Jahren gelungen ist, fast die gesamte Bandbreite „neu-rechter" „Theoretiker" für Vorträge zu gewinnen, ist ein Beleg für die enge Verwobenheit ins faschistische und revanchistische Spektrum der BRD.

Andreas Speit

Deutsche Unitarier

Zur Stadt Hameln hat die „Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft e.V." (DUR) ein ganz besonderes Verhältnis. Nicht nur, daß sie - wie alle 10 Jahre - ihren Unitariertag in der Rattenfängerstadt organisierte, vor 50 Jahren verabredeten deutsch-christlich motivierte Nationalsozialisten während eines konspirativen Treffens auf dem Klüt bei Hameln die Gründung der Religionsgemeinschaft.

Als 50-Jahrs-Feier wollte allerdings Präsidentin **Gunde Hartmann** den diesjährigen Unitariertag vom 1. bis 4. Mai unter dem Motto „Leben-Arbeit-Sinn", nicht verstanden wissen. Im Einklang mit Hartmann betonte Dr. **Helmut Kramer**, Öffentlichkeitsreferent der DUR, gegenüber der Presse, daß „die Gründerväter der Unitarier aus der Reformationszeit stammen und Freie Protestanten waren", so daß die Wurzeln der ca. 2.600 Mitglieder starken Gemeinschaft im Jahr 1876 liegen würden und nicht im Jahre 1947. Desweiteren hob er hervor: „Erst nach dem Krieg sind auch Nazis zu den Unitariern gekommen".

Etwas anders liest es sich in dem von **Hans-Dietrich Kahl** verfaßten „Unitarischen Heft 4" „Strömungen" (1989). Zwar meinte der Leiter des Geistigen Rates der DUR: „... klar muß bleiben, das Gründungsjahr unser Körperschaft ist 1876", zugleich spricht er aber von der „Gründergeneration 1947", zu der er selbst zählt, und beschreibt das Ersttreffen im Spätsommer auf der Erhebung des Weserberglandes.

Während des konspirativen Treffens besprachen u.a. **Rudolf Waldbaum**, **Eberhard Achterberg**, **Herbert Böhme** die Unterwanderung der „Religionsgemeinschaft freie Protestanten in Rheinhessen". **Herbert Grabert** und **Marie-Adelheid Reuß-zur-Lippe** schlossen sich u.a. später an. Die Konspirateure waren bereits im Dritten Reich um den rechten Glauben besorgt. 1933 zählte Waldbaum, u.a. neben NS-Rassentheoretiker **Hans F. K. Günther** zu den Mitbegründern der „Deutschen Glaubensbewegung" (DG), wie Reuß-zur-Lippe, die eine enge Vertraute des Reichsbauführers und Chef des Rasse- und Siedlungsamts der SS, **Walter Darré**, war. Achterberg engagierte sich als Hauptschriftleiter in den von **Alfred Rosenberg** herausgegebenen „Nationalsozialistischen Monatsheften". Böhme indes war u.a. Mitglied der obersten SA-Führung, „Reichsfachschaftsleiter für Lyrik" in der „Reichsschriftenkammer" **Josef Goebbels**. Nach 1945 wurde er zu einer zentralen Figur des Nazismus. 1950 rief er das „Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes" (DEKG) ins Leben, 1965 den „Arbeitskreis Volkstreuer Verbände" und 1970 die „Aktion Widerstand". Bis 1950 hatten die Konspirateure genügend Mitstreiter aus alten Tagen, NSDAP-, SA- und SS-Mitglieder aus den „Deutschen Christen", dem „Kampfbund Deutscher Glauben", sowie der DG für ihre Idee gewonnen und übernahmen kurzerhand die Freiprotestanten, die sie in DUR umbenannten. In anderen Worten bestätigte Kahl die Unterwanderung.

Mit ihren Namensvettern in Großbritannien und den USA haben die Unitarier nichts gemein. Das religiöse Fundament steht in der Tradition des deutsch-christlichen Gedankengebildes **Jakob Wilhelm Hauers** (1881 - 1962). Für den ehemaligen Missionar und Professor in Tübingern ist „das Göttliche" allein „dem Arier" vorbehalten; alles vom vorgebliche indogermanischen Gottesverständnis Abweichende gilt als „Fremdreligion", insbesondere natürlich der „jüdisch-christliche" Glaube. Folglich gibt es nach Hauer, der 1933 Vorsitzender der „Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Glaubensbewegung" wurde, nur eine Rettung: den Kampf bis zum Sieg.

In den 60er Jahren sorgte sich auch **Dietrich Klagges** um das inhaltliche Profil der DUR. 1932 verlieh er als NSDAP-Innenminister des Landes Braunschweig die deutsche Staatsbürgerschaft an Adolf Hitler und wurde 1933 Ministerpräsident. Über die Frage der Euthanasie referierte **Albert Hartl**. Der ehemalige SS-Sturmbannführer und Vorgesetzte von **Adolf Eichmann** wußte, wovon er sprach. Nach eigenen Angaben war er Mitinitiator der NS-Euthanasie.

Nachhaltig prägte **Sigrid Hunke**, Jahrgang 1913, mit ihren Werken wie „Europas eigene Religionen" (1983) die DUR. 1941 promovierte sie bei dem SS-Rassenpsychologen **Ludwig Ferdinand Clauss** und 1960 publizierte sie ihren Bestseller „Allahs Sonne über dem Abendland". Neben ihrem Engagement als Vizepräsidentin (1971 bis 1983) und als Ehrenpräsidentin (1985 bis 1988) trug sie wesentlich zur ideologischen Entwicklung der sog. „Neuen Rechten" bei. Seit 1986 ist sie ständige Mitarbeiterin beim Thule-Seminar, und **Alain de Benoists** Publikation „Heide sein" (1982) basiert auf ihren Gedanken.

In den letzten Jahren dominierte die Tendenz, Ansätze des Organizismus aus der Esoterik aufzunehmen. Nichts Neues im Spektrum der völkischen Religionen. Aktuell hilft Prof. Dr. **Hubertus Mynarek**, Jahrgang 1929, der DUR nach. In Anlehnung an Hunke konzipierte er eine pantheistische Religiösität, etikettiert als „ökologischer Humanismus". Laut dem Professor für Religionstheologie und Fundamentaltheologie ist die Religion „eine biologische Tatsache, etwas, das in den genetisch-biologischen Anlagen der Menschen verankert sei", und nur wenn der Mensch seiner eigentlichen Bestimmung folge, erreiche er seine öko-religiöse Bestimmung. Konsequenterweise plädierte er in seiner zentralen Publikation „Ökologische Religion" für eine organische Gemeinschaft.

Neben Hunke und Böhme waren etliche Unitarier im neofaschistischen und rechtsextremen Spektrum aktiv. Der wie Böhme verstorbene **Herbert Grabert** baute 1978 den rechten Grabert-Verlag auf und verlegte das revanchistische Periodikum „Deutschland in Geschichte und Gegenwart". Beides führt sein Sohn **Wigbert Grabert** weiter. Die Prinzessin, jahrelange theologische Leiterin der DUR, war 1986 Chefredakteurin der „Bauernschaft", herausgegeben von dem Auschwitz-Leugner **Thies Christophersen**.

Doch nicht nur Gründunsgmitglieder waren in diesem Spektrum in exponierten Funktionen verstrickt. **Otto Wetzel**, NSDAP-Reichstagsabgeordneter und ehemaliger Landesgemeindeleiter der DUR in Nordrhein-Westfalen, kandidierte für die NPD zum Bundestag und der Ex-Schriftleiter der damaligen Publikation der DUR, „Glaube und Tat", **Fritz Castagne** stellte sich 1984 bei den Kommunalwahlen für die „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung" zur Wahl. Mitglieder der DUR fanden sich auch bei den Hetendorfer Tagungswochen ein. Der einstige Präsident **Karlheinz Küthe** referierte 1994 auf der Tagungswoche und der ehemalige Bremer Gemeindeleiter **Hermann Thiele** trat 1991, 1994 und 1996 auf.

Gegenüber dem Deutschen Freidenker Verband bekundete die DUR 1995: „Es gab und gibt keine Nazitradition bei den Unitariern", und getreu dieser Aussage betonte **Hartmut Ahlbrecht**, Leiter der Hamelner Gemeinde, aktuell: „Von diesen Mitglieder und ihren Ideen haben wir uns längst in einem Reinigungsprozeß getrennt". Nur ganz so „sauber" von braunen Flecken, wie auch Hartmann die DUR darstellt, ist sie nicht. 1991/92 spaltete sich zwar unter Leitung von Küthe der „Bund deutscher Unitarier" ab, da für die ca. 200 bis 300 Mitglieder eine Verweichung der „eigenen Religion" à la Hauer und Hunke bei den Unitarien zu spüren wäre. Doch nicht nur, daß sich

---

BUNDESPRÄSIDIALAMT

Az: 12-500 22-816
(Bei Rückfragen bitte angeben)

Sehr geehrte Frau Hartmann,

der Herr Bundespräsident hat mich gebeten, Ihnen für Ihre Einladung zum kommenden Unitariertag herzlich zu danken. Leider wird es ihm wieder nicht möglich sein, diese freundliche Einladung anzunehmen. Ich darf Ihnen aber im Namen des Herrn Bundespräsidenten für Ihre Veranstaltung die besten Wünsche ausrichten.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Barth

---

die „alten" religiösen Theoreme immer noch wiederfinden, es bestehen auch weiterhin Kontakte zur neofaschistischen und rechtsextremen Szene. 1995 machte der Düsseldorfer Gemeindeleiter **Kurt Winter** von sich reden. In Richrath betreibt er die Verlage „Lebenskunde" und „Mehr Wissen", worüber er Kontakt zum „ultrarechten Verleger" **Torsten Lemmer** hielt. Einer Einladung beigelegt war 1994 ein Blatt mit dem Titel „Anzahl der Opfer von ausländischen Tätern im Jahre 1991".

Einem anderen Thema widmete sich die DUR 1996. Sie lud zu einer kleinen Exkursion zu ihrem ehemaligen Mitglied **Baldur Springmann** ein, wobei sie den Öko-Bauernhof des Ökofaschisten in der Nähe von Lüneburg besichtigten.

Um die Folgen der Rechtschreibreform ist der langjährige Funktionär Prof. **Wolfgang Deppert** besorgt. Unterstützt u.a. von dem rechtsextremen Kieler Verleger **Dieter Munier** mitinitiierte er die sog. Volksinitiative „Wir gegen die Rechtschreibreform".

In Hamburg, wo die DUR in der Warthenau eigene Räume hat, führte 1993 die „Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP) eine Veranstaltung mit **Wolfgang Juchem** durch, der über bundesweite Kontakte in der rechten Szene verfügt.

Bereits 1986 konnte der Heide-Heim e.V. die Räume nutzen. Doch auch noch andere Damen und Herren um den Nazi-Anwalt **Jürgen Rieger** fanden sich bei der DUR ein. 1990 und 1994 veranstaltete der Freundeskreis Filmkunst (FKFK) dort seine Hauptversammlung. 1994 feierte der Freundeskreis in der Warthenau seine Vorweihnachtsfeier und lud 1995 zu Veranstaltungen dorthin ein. Nachdem Protest laut wurde, sahen sich die Unitarier gezwungen, die Beziehung zu beenden, da „über sie (den FKFK; A.S.) die Räume an eine vom Verfassungsschutz beobachtete rechtsextreme Gruppe weitergegeben wurde". **Elisabeth Machts**, Mitglied des FKFK und der GfP, ist nachsichtig: „Die haben nichts gegen uns, der Druck kommt von oben" und: „Wir treffen uns ja auch weiterhin dort".

Dagegen bekundete Dr. Helmut Kramer, der nicht nur Öffentlichkeitsreferent der DUR ist, sondern 18 Jahre als lang Hamburger Gemeindeleiter fungierte: „Wir sind weder eine Sekte, noch haben wir etwas mit Nazis zu tun".

Flankiert wird die DUR, Amtssitz in Hamburg und Geschäftsstelle in Finningen, von diversen Institutionen. 1956 rief sie den Bund Deutsch-Unitarischer Jugend e.V ins Leben. Das Hilfswerk der deutschen Unitarier e.V. folgte 1967 und ist, wie die 1970 gegründete Unitarische Akademie e.V., Mitglied des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Zusätzlich ist die Akademie im Paritätischen Bildungswerk. Im Jahre 1980 eröffneten sie die Jugend- und Begegnungstätte Klingberg e.V. Seit 1970 erhält das Hilfswerk Fördergelder vom Bund, Ländern und Kommunen. 1990 bekam die DUR vom Hamburger Senat die unbefristete und bundesweit wirksame Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe. Als die DUR im August 1995 in Kiel ein Kinderhaus eröffnete, steuerte das Sozialministerium Schleswig-Holstein 138.000 DM bei, und die Stadt Kiel half mit einem Darlehen von über 230.000 DM.

Die Hamburger Gemeinde bekam Anfang der 90er Jahre finanzielle Hilfe, als sie ihre Psychologische Beratungsstelle für Asylbewerber und Aussiedler einrichtete. Als Leiter der Beratungsstelle verpflichteten sie den Psychologen Jean Masumbuku, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hamburger Universität und Vorsitzender des FDP-Fachausschusses für Ausländer- und Integrationsfragen. Nachdem ausländische Flüchtlinge kamen, berichtete Masumbuku, fingen ältere Unitarier an, sich über die „Menschen mit anderenr Hautfarbe" zu beschweren. Später forderte ihn sein Arbeitgeber auf, „sich lieber mehr an die deutschstämmige Klientel zu halten". Kaum stellte er Nachforschungen an, wo die Gelder hinflossen, kündigte ihm die DUR, woraufhin er seinen ehemaligen Arbeitgeber verklagte.

An die Öffentlichkeit treten die ca. 200 Aktiven der DUR desweiteren mit regelmäßigen Tagungen und Seminaren, sowie ihren Publikationen. Im 47. Jahrgang erscheinen



zweimonatlich die „unitarischen Blätter für ganzheitliche Religion und Kultur", bis 1977 „Glaube und Tat". Sie werden, gemeinsam mit den „unitarischen Heften", über den hauseigenen Verlag vertrieben, den die Familie **Ramm** in Ravensburg leitet.

Parallel zu den neofaschistischen und rechtsextremen Kontakten einzelner Mitglieder der DUR bestehen Beziehungen zu Mitgliedern von CDU, FDP, SPD und BUND. Jüngstes Beispiel ist der Schleswiger Rechtsanwalt **Ralf Bernd Abel**. Die CDU/CSU berief den „Sektenfachmann" und Scientology-Experten im letzten Juni in die Bundestags-Enquetekommission „Sogenannte Sekten und Psychogruppen". Auf seine Rolle bei der DUR angesprochen, relativierte er: „Da habe ich mal reingeschaut". Was er unter „reinschauen" versteht, offenbart sein Engagement. 1966 war er Mitarbeiter von „Glaube und Tat", und 1983 wurde der Juraprofessor für mehr als sieben Jahre Leiter des Hilfswerks. In den letzten Jahren, so Abel, sei er „überhaupt nicht mehr aktiv gewesen". Allerdings will die langjährige Leiterin des Hilfswerks, **Gertrud Mohnike,** wissen, daß Abel „noch dabei" sei. **Uwe Kittmann**, stellvertretender Kieler Gemeindeleiter, behauptete, der Rechtsanwalt sei bei ihm „richtiges Mitglied". Mittlerweile bestreitet Gunde Hartmann, daß er noch Unitarier sei. Zuvor meinte sie: „Man kann ja austreten, aber das ist er nicht".

Die Mitglieder der Enquetekommission möchten dies nicht überbewerten. „Der Abel wußte überhaupt nicht richtig, in welchem Verein er sich da befand, beschwichtigte **Renate Rennebach**, SPD-Obfrau in der Kommission.

Anfang der 90er Jahre versuchte die DUR die Aussagen, daß sie eine „völkisch-rassistische Sekte", eine „Nazi-Sekte" und „nazistische Tarnorganisation" sei, gerichtlich zu verbieten - ohne Erfolg. 1990 urteilte das Landesgericht Berlin, daß in der DUR „bis in die jüngste Vergangenheit in maßgeblichen Positionen solche Personen tätig waren, die eben nationalsozialistisches Gedankengut vertreten haben", und das Hamburger Oberlandesgericht kam 1991 zu dem Schluß, daß die DUR als „Nazi-Sekte" tituliert werden darf.

Doch weder die aktuelle religiöse Orientierung, in treuer Kontinuität, noch die bestehende Verflechtung in alter Tradition bringen die gesellschaftliche Akzeptanz der völkisch motivierten Gemeinschaft bis dato ins Wanken. Als Auftakt ihres Unitariertages in Hameln ist ein offizieller Empfang der Stadt geplant. **Manfred Klostermann**, Referent für Grundsatzfragen und Öffentlichkeitsarbeit der Stadt, sieht keine Möglichkeit, der DUR die Räume im Weserberglandzentrum zu kündigen. Das schriftliche Grußwort des Oberstadtdirektors **Werner Lichtenberg** (SPD) möchte er als die „übliche distanzierte Begrüßung" verstanden wissen. Nicht als Grußwort möchte Bundespräsident **Roman Herzog** sein „freundliches Absageschreiben" interpretiert wissen, in dem er der Veranstaltung ein gutes Gelingen wünschte. Neue Solidarität erfährt die DUR in esoterischen Gefilden. Das renommierte spirituelle Monatsmagazin „Connnection" kündigte an, in ihrer Mai-Ausgabe aufzuzeigen, daß die Unitarier keine „faschistische Sekte" und kein Hort für Altnazis sein.

Artgemeinschaft

Am Wochenende des 5./6. April fand in der Nähe der rheinland-pfälzischen Kreisstadt Bad Dürkheim ein Treffen („Gemeinschaftstag") der heidnischen „Artgemeinschaft e.V." um den Hamburger Rechtsanwalt **Jürgen Rieger** (50) statt. Unter den knapp 100 anwesenden Personen befand sich auch **Steffen Hupka** (33), ehemaliger Aktivist der verbotenen „Nationalistischen Front" und jetziges Bundesvorstandsmitglied der „Jungen Nationaldemokraten". Organisiert wurde das Treffen von **Hans Jürgen Hertlein** aus Pleisweiler-Oberhofen (Kreis Südliche Weinstraße). Der 1951 gegründeten „Artgemeinschaft - Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V." gehören bundesweit einige hundert Mitglieder an und ist somit die größte und älteste durchgängig wirkende Organisation dieser Art in der Bundesrepublik. Die „Artgemeinschaft" gibt die Quartalsschrift „Nordische Zeitung" (NZ) heraus. Die Auflage von rund 1.000 Stück geht an verschiedene Aktivisten der „Artgemeinschaft". Neben dem NZ-Schriftleiter Rieger sind **Ursula Breier**, Viersen, der für den Buchversand zuständige **Stefan Broschell**, Berlin, der Aktivist des „Stahlhelm e.V.", Hans-Jürgen Hertlein, Rieger-Stellvertreterin **Imke Thomas**, der Leiter der Versandstelle **Karl Scherer**, Grabenstätt (Kreis Traunstein), und Schatzmeister **Wolfgang Lütkemeyer**, Erfurt, im Verteiler. Die meisten dieser Aktivisten nahmen an dem „Gemeinschaftstag" in der Vorderpfalz teil.

Olaf Goebel

Der türkische Faschist Alparslan Türkes ist tot

„Ein überzeugter Nationalist" sei gestorben, titelte die FAZ vom 7.4.1997. Der türkische Staatspräsident Süleyman Demirel beklagt einen „großen Verlust für das politische Leben der Türkei" und der türkische ANAP-Vorsitzende Yilmaz nennt den Verstorbenen einen „großen Demokraten." Ministerpräsident Erbakan und Außenministerin Ciller würdigen ihn als historische Gestalt. Eine Million fanatisierter türkischer Faschisten bezeugten ihre Trauer bei einer Demonstration in Ankara.

Alparslan Türkes (sprich: Türkesch) hatte schon Verbindungen zu den deutschen Nationalsozialisten, aber seine Einstellung, auf der Seite Deutschlands in den 2.Weltkrieg einzugreifen, wurde durch die türkische Politik nicht realisiert. Nach einer Haftstrafe war Türkes bis 1958 in der türkischen Militärmission in Washington tätig. 1960 tauchte er, inzwischen Oberst der türkischen Armee, als Mitglied einer Gruppe von 32 putschenden Offizieren wieder in der Türkei auf, die die damalige Menderes-Regierung stürzten.

1963 wurde er wegen eines angeblichen erneuten Putschversuchs verhaftet, aber aus Mangel an Beweisen nicht verurteilt. Ein Jahr später trat er der kleinen „Republikanischen Nationalen Bauernpartei" (CKMP) bei und begann sie zu einer straff organisierten pantürkischen Organisation umzubauen. 1969 kam Türkes mit der Umbenennung der CKMP in MHP einem Verbot zuvor. Jetzt begann der Aufbau einer von der nationalsozialistischen SA inspirierten Kampfgruppe, mit dem Namen „Bozkurtlar", „Graue Wölfe".

Die MHP avancierte 1975 zum Koalitionspartner der regierenden konservativen „Gerechtigkeitspartei" (AP) des heutigen Staatspräsidenten **Demirel**. Türkes wurde zum Vizepremier ernannt.

Dem Terror der „Grauen Wölfe" fielen bis Ende der 70er Jahre mehr als 2000 Menschen zum Opfer. Die Forcierung der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen führte bis 1980 zu einer quasi-Bürgerkriegssituation in der Türkei. Damit wurde der Militärputsch vom 12. September 1980 faktisch vorbereitet. Nach dem Putsch wurde die MHP verboten und Türkes inhaftiert. Der staatliche Verwaltungsapparat aber blieb durchsetzt mit seinen Gefolgsleuten.

Als 1983 das Parteienverbot wieder gelokkert wurde, gründeten sich MHP-Nachfolgeorganisationen unter anderen Namen; ein Teil organisierte sich in der neuen Mutterlandspartei (ANAP), ein anderer Teil in der faschistischen MCP (Nationale Arbeitspartei), die Ende der 80er Jahre wieder mit dem „Führer" Türkes in die MHP überführt wurde.

In Deutschland existierte seit 1973 offiziell eine MHP-Auslandsvertretung mit Sitz in Ludwigshafen, sowie mit Anlaufstellen in 40 deutschen Städten. Schon 1970 suchte Türkes den Kontakt zur NPD, von der er bis 1977 finanzielle Wahlkampfhilfe erhielt. Hitlers „Mein Kampf" wird von der MHP auch in türkischer Sprache vertrieben. 1977 empfing DVU-Chef **Gerhard Frey** Türkes bei dessen Deutschlandbesuch. Unter türkischen Migranten in der Bundesrepublik sind die „Grauen Wölfe" seit ihrer Gründung aktiv. Nach dem Putsch organisierten sie sich in der BRD in verschiedensten Kultur-, Sport- und sogenannten Idealistenvereinen. Bis heute gehen von ihnen zahlreiche Überfälle auf linke und demokratische Asylbewerber und Arbeitsmigranten aus der Türkei und Kurdistan aus. Auch Verbindungen zu deutschen Rechtsradikalen, bis hin zu persönlichen Kontakten zwischen Alparslan Türkes und **Franz-Josef Strauß**, sind belegt. Unter dem Namen ADÜTDF veranstaltete die MHP 1994 ihre Jahreshauptversammlung in Sindelfingen. 10.000 Teilnehmer begrüßten den „Führer" Türkes als Redner neben dem türkischen Botschafter. 1996 fand die Versammlung bereits in der Essener Grugahalle statt.

Wechsel bei der HNG

Neuer Schriftleiter der von der neonazistischen Gefangenenhilfe „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG) herausgegebenen „HNG-Nachrichten" ist der 23jährige **Andree Zimmermann** aus Olpe. Zimmermann löst **Christian Scholz** nach vier Jahren in dieser Funktion ab. Scholz, ehemaliger Aktivist FAP und der „Nationalen Offensive", hatte bereits im vergangenen Jahr seinen Rückzug aus diesem Amt angekündigt. Nun wurde mit Zimmermann ein Nachfolger gefunden. Zimmermann war ebenfalls Mitglied der inzwischen verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" und ist gegenwärtig bei der „Sauerländer Aktionsfront" (SAF) aktiv. Eine von Zimmermann Ende 1995 mitinitiierte „Unabhängige Freiheitliche Vereinigung" (UFV) ist seit der Gründung weitgehend inaktiv. Im August vergangenen Jahres forderte die UFV in den „HNG-Nachrichten" eine neue Familienpolitik. „Der Abbau der Familie in den letzten Jahrzehnten ist ein Ausdruck materialistischer Gesinnung, den die UFV überwinden will." In der Vergangenheit betrieb Zimmermann das „Nationale Infotelefon Sauerland". Letztes Jahr gehörte Zimmermann dem „Aktionskomitee Rudolf Heß" an, das für den Neonazi-Aufmarsch in Worms verantwortlich war. Letzten Sommer verteidigte Zimmermann die HNG gegen Kritik der rechtsextremistischen Szene. „Kameraden, unterlaßt bitte diese größtenteils unsachliche Kritik. Tretet (entweder) ein, und wenn Euch etwas nicht paßt, dann versucht es zu ändern."

Lummer und die Nazis

Vor wenigen Wochen erschien im „Hutten-Verlag" der Sammelband „Unterdrückung und Verfolgung deutscher Patrioten. Gesinnungsdiktatur in Deutschland?". Als Herausgeber des rechten Werkes („Dieses Buch ist eine Kampfansage gegen die wachsende deutschfeindliche Gesinnungsverfolgung") fungiert der 46jährige Rechtsextremist **Rolf-Josef Eibicht**. Zu den rund drei Dutzend Autoren zählen Mitglieder der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands", darunter der NPD-Vorsitzende **Udo Voigt**, und des revanchistischen „Witikobundes" wie der Lektor des rechtsextremistischen „Grabert-Verlages" Dr. **Rolf Kosiek** sowie Prof. **Helmut Schröcke** , Prof. **Richard Eichler**, Dr. **Alfred Ardelt**, Dr. **Harald Kindl** und **Karl-Heinz Sendbühler**. Vertreten sind weiterhin Revisionisten wie **Alfred Schickel** und Neonazis wie Rechtsanwalt **Jürgen Rieger** und der Rechtsterrorist **Manfred Roeder**. Daneben ist auch der Berliner CDU-Bundestagsabgeordnete **Heinrich Lummer** mit einem „Geleitwort" („Ein Beitrag zur überfälligen Normalisierung unserer Selbsteinschätzung") und einem Beitrag („Der Fall Heitmann") in dem 657 Seiten starken Band vertreten. „Der Spiegel" zitiert den Union-Rechtsaußen Lummer mit dem Hinweis, er finde es „nicht erheblich, neben wem ich erscheine, sondern was ich schreibe". Verleger des Machwerkes ist **Roland Bohlinger**, der auch Eigentümer des „Verlages für ganzheitliche Forschung und Kultur" ist.

Geschäftstüchtige Nazis?

Hinter dem neuen „Vision-Verlag & Versand" steckt der 27jährige Neonazi **Andreas Gängel**. Inserate des rechten „Vision-Verlag & Versand" fanden sich in den vergangenen Wochen in den rechtsextremen Wochenzeitungen „Deutsche National-Zeitung" und „Junge Freiheit". In der Vergangenheit führte der damalige Kader der 1992 verbotenen neonazistischen „Nationalistischen Front" Gängel den „Endsieg Versand" (ESV) und die „ESV-Records". Er produzierte Bands wie „Toitonen", „Diktator", „Triebtäter", „Volkszorn" und „Widerstand". Das von Gängel hergestellte Skinzine „Endsieg" wurde indiziert und eingestellt. Den „Endsieg-Versand" übergab Gängel infolge einer richterlichen Auflage 1994 an **Jürgen Ludwig** aus Bruchsal-Untergrombach (Kreis Karlsruhe). Der „langjährige Kamerad" Ludwig stellte das Gewerbe unter dem neuen Namen „Verlag 88" („Nationale Artikel zu sozialistischen Preisen") jedoch nach kurzer Zeit aus ökonomischen Gründen - Ludwig beklagte Anfang 1995 bereits einen „riesigen Schuldenberg" - wieder ein.

Kurzberichte

Deutsches Seminar in Stuttgart

Am 22.3. 97 traf sich das Deutsche Seminar (DS) wie jedes Jahr in der Poststadionsgaststätte in Stuttgart-Degerloch. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Deutschland in der Krise - Werden lebenswichtige Entscheidungen versäumt". Laut Einladung traten als Referenten **Horst Rudolf Übelacker**, ex-REP, ex-Bundesbankpräsident und stellvertretender Bundesvorsitzender des Witikobundes, **Hans Helmuth Knütter**, ein Drahtzieher bei der Anti-Antifa-Aktion gegen den Journalisten Anton Maegerle (siehe DER RECHTE RAND Nr.45) und Professor **Th. Schmidt-Kaler** auf. Organisiert werden diese Treffen von **Walter Staffa** aus Nürtingen. Staffa, der 37 Jahre Mitglied des Nürtinger Gemeinderates war, ist nicht nur Vorsitzender des Deutschen Seminars sondern auch Bundesvorsitzender des rechtsextremen Witikobundes. Hervorgegangen ist das Deutsche Seminar 1970 aus einem Arbeitskreis des Witikobundes. Seit 1984 der Sitz des eingetragenen Vereins von München ins schwäbische Nürtingen verlegt worden ist, hat Walter Staffa den Vorsitz inne. Das Deutsche Seminar kann als kulturpolitische Vorfeldorganisation des Witikobundes betrachtet werden. Hier können die bekannten alten und neueren Rechten ihr revisionistisches Geschichtsbild offenlegen und die „Perspektiven einer nationalen Bewegung „ausloten, ohne daß der Witikobund sofort damit in Zusammenhang zu bringen ist. Gemäß dem Prinzip, übergreifende Räume für den „Zusammenschluß der Patrioten", so Staffa, aufzumachen, finden sich auf den Vortragstagungen des DS Neonazi-Ideologen wie **Wolfgang Juchem**, DLVH-Ideologe **Karl Richter**, **Andreas Mölzer** von den Freiheitlichen aus Österreich, **Alfred Mechtersheimer**, selbsternannter Friedensforscher oder auch Prof.Dr. **Werner Georg Haverbeck** vom Collegium Humanum aus Vlotho wieder. Auch **Ludwig Bock**, Rechtsanwalt namhafter Neonazis und Dr. **Alfred Schickel** von der revisionistischen Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt wurden auf Tagungen des DS gesehen. Sellvertretender Vorsitzender des DS ist der Witikone **Rolf Kosiek**, Leiter der Gesellschaft für freie Publizistik und Cheflektor im rechtsextremistischen Grabertverlag, dessen Eigentümer **Wiegbert Grabert** gelegentlich auch schon mal auf einer Tagung des DS referiert. Nach Angaben aus Kreisen des DS enden die Tagungen mit dem Absingen aller 3 Strophen des Deutschlandliedes.

Gerd Hollstett

Aus für tendenziöses Kampfblatt wider „linken Meinungsterror"

Nachdem schon die Dezember-Ausgabe der „TM - Transparenz der Medien", Monatsschrift des rechtslastigen Erlanger Vereins „Bürger fragen Journalisten" (BfJ), dünner als gewohnt ausgefallen war, müssen seine Leser nun gänzlich auf die „monatlich erscheinende Zeitung, die wie keine andere hilft, den Medien auf den Grund und deren mächtigen Machern auf die Finger zu schauen" (so ihre Internet-Seite) verzichten. In einem Brief an die Abonnenten teilte ihnen der Vereinsvorsitzende **Hans Jörg Klein** das Ende des Blattes „mit liberal-konservativer Grundhaltung" nach dem „Wegfall einer zugesagten Großspende" mit.

Die TM, deren Auflage bis zu 50.000 Exemplare erreichte, wurde bundesweit kostenlos an Politiker, Wissenschaftler und Journalisten verschickt, um gegen eine angeblich tendenziöse Berichterstattung und Manipulation der Medien durch ein linkes Medienkartell zu agieren. Darüberhinaus bot das Organ ein Podium für ein breites Spektrum der Grau-/Braunzone: Ob **Rainer Zitelmann**, **Gerhard Löwenthal**, **Alfred Mechtersheimer**, der „Komm-mit-Kalender" oder die „Junge Freiheit" (JF) - die TM war offen für die rechte Gesinnung. Eine ihrer letzten Aktionen war die Beteiligung an der von Alfred Mechtersheimer und **Hans-Helmut Knütter** initiierten rechten Hetzkampagne gegen den Journalisten Anton Maegerle (vgl. DRR 45), die in der TM mit einem Artikel des Anti-Antifa-Aktivisten Knütter begann und wenige Ausgaben später von der Titelstory: „Jagd nach dem Phantom" gekrönt wurde. Daneben warb in der TM die rechte Psychosekte „Verein für psychologische Menschenkenntnis" (VPM) für ihre jährlichen Kongresse „Mut zur Ethik", bei denen ebenfalls Teilnehmer mit der rechten Gesinnnung zusammenkamen und -kommen.

Mit der TM verliert der Verein sein publizistisches Kampforgan. Laut einer Meldung der „Jungen Freiheit" soll stattdessen eine Art vereinsinternes Informationsblatt erscheinen. Weiterhin Bestand sollen jedoch seine bislang auch in der Jungen Freiheit beworbenen „Erlanger Medientage" haben, ein Zusammentreffen einer konservativen Meinungselite. So nahmen an den letzten Medientagen **Lothar Bossle**, **Heinz Klaus Mertes** (SAT 1), **Peter Gilles** (Die Welt), **Bodo Hauser** (ZDF) und der Kommunikationsforscher **Wolfgang Donsbach** (BfJ) teil.

Stefan Peter

Anatomieatlas aus Wien

Der Anteil der Wissenschaft an den Verbrechen des NS-Staates ist in seiner ganzen Breite unbekannt geblieben. Zahlreiche der begangenen Naziverbrechen und die Rolle der daran schuldhaft Beteiligten aus dem Bereich verschiedener Zweige der Wissenschaft sind strafrechtlich nicht untersucht worden. Eher zufällig tauchen aus der in die Vergessenheit gedrängten wissenschaftlichen Vergangenheit erschütternde Begebenheiten auf. So herrscht zur Zeit in Wien in Kreisen der Universität und der Kultusgemeinde einige Aufregung, weil durch nationale und internationale Medien kolportiert wird, der berühmte österreichische Anatom **Eduard Pernkopf** (1888-1955) habe für sein weltweit verbreitetes Atlaswerk Präparate verwendet, die er von den aus dem Landesgericht in die Anatomie überführten Leichen einiger von den Nazis ermordeter österreichischer Juden und Widerstandskämpfer hergestellt habe. Der Rektor der Wiener Universität setzt zur Überprüfung dieser Vorwürfe eine Historikerkommission ein. Es ist nicht ganz eindeutig, weshalb erst jetzt Unwissenheit und „Betroffenheit" signalisiert wird. Denn spätestens 1950 ist dieser nur für mit dem akademischen Milieu nicht vertraute Personen erstaunliche Vorgang bekannt gewesen. Damals hatte der österreichische Widerstandskämpfer Eduard Rabofsky folgendes Erlebnis. Bei einer Straßenbahnhaltestelle traf er einen Professor für Anatomie der Wiener Universität. Statt über das Wetter zu reden, wechselte er ein paar Worte über seinen Beruf. Auf seine Frage, woher die Anatomie das Material beziehe, antwortete dieser salopp: „Da haben wir noch viele Leichen von den Spitzbuben, die unter Hitler den Kopf verloren". Zwei Tage später stand Eduard Rabofsky vor Leichenteilen seines am 19. September 1944 im jugendlichen Alter von fünfundzwanzig Jahren wegen seines Kampfes für Österreichs Freiheit von den Nazis hingerichteten Bruders, des Wehrmachts-Sanitätsunteroffiziers Alfred Rabofsky, und jener anderer Genossinnen und Genossen. Während Eduard Pernkopf im Almanach der Österreichischen Akademie 1955 einen, wie unter Universitätslehrern üblich, seine „große Symphonie" schöpferischer Fähigkeiten bewundernden Nachruf erhielt, auch nicht vergessen wird, seiner hervorragenden musikalischen Begabung Erwähnung zu tun, hatte sich 1954 der spätere österreichische Justizminister **Christian Broda** geweigert, auf einer Gedächtnisveranstaltung für den ermordeten Jungkommunisten Alfred Rabofsky im Landesgericht zu sprechen.

G. Oberkofler

Samuel Salzborn

Deutschland: Von Krieg zu Krieg

- Eine Rezension -

Aus antifaschistischer Perspektive gilt das Hauptaugenmerk den „Vertriebenenverbänden", sofern Fragen der „Germanisierung" oder der Zerstörung der Souveränität von Staaten aufgeworfen werden. Daß dies nur ein Teil der bundesdeutschen Politik ist, haben Walter von Goldendach, Hans Rüdiger Minow und Martin Rudig in ihrem neuen Buch „Von Krieg zu Krieg - Die deutsche Außenpolitik und die ethnische Parzellierung Europas" eindrucksvoll dargestellt.

Mit dem Satz „Es wäre verhängnisvoll, diese Blutsvorstellungen der deutschen 'Volksgruppen'- und Minderheitenpolitik ein drittes Mal zu unterschätzen" (Goldenach, Minow, Rudig - im folgenden GMR) schließt die Einleitung. Er markiert einige zentrale Aspekte des Buches. Im ersten Kapitel thematisieren die Autoren die theoretischen und historischen Grundlagen der deutschen Außenpolitik. Sie zeigen auf, daß der Begriff „Volksgruppe" in Deutschland eingeführt wurde, „um ein Kollektiv vorgeblich blutshomogener Menschen zu bezeichnen, die mit anderen und an anderem Ort in einer rassistischen sowie kulturellen Beziehung" (GMR) stünden. Verdeutlicht wird die Singularität der deutschen Geschichte und des in ihr anzutreffenden jeweiligen Verständnisses von der Bestimmung der Menschen (z.B. sozial oder über „Kultur" und „Rasse") und der daraus resultierenden Staats- und Verfassungstradition. Beispielhalber sei hier nur das deutsche Recht des „uis sanguinis" genannt, „wonach Staaten aus blutlich sowie kulturell identifizierbaren 'Volksteilen', 'Volksgruppen' oder 'Völkern' bestünden" (GMR), im Gegensatz zum internationalen Rechtstyp („uis solis"). An dieser Stelle schlägt nun die Stunde der deutschen Außenpolitik und der durch das Auswärtige Amt und das Bundesinnenministerium indirekt mitinitiierten und finanzierten Mittlerorganisationen zur Zerstörung der Interessengegner Deutschlands: Im zweiten und dritten Abschnitt des Buches wenden sich die Autoren der „Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen" (FUEV) und dem „Europäischen Zentrum für Minderheitenfragen" mit Sitz in Flensburg zu. Bei der FUEV, die auch enge Kontakte zum „Bund der Vertriebenen" (BdV) unterhält, wird zunächst verdeutlicht, daß die europäische Tradition, in die sich die Organisation zu stellen versucht, nicht existiert und daß das Projekt von Beginn an ein von deutschen Interessen geprägtes gewesen ist. Anhand des FUEV-Mitteilungsblattes „Europa Ethnica", das in bewußter Tradition der nationalsozialistischen Schrift „Nation und Staat" steht, wird aufgezeigt, daß „verwissenschaftliche Thesen des Ethnonationalismus" (GMR), nicht selten mit antisemitischen Einwürfen, verbreitet werden. Die Tätigkeit der FUEV zielt dabei auf den operativen Teil der „Volksgruppen"-Arbeit, die in der Suche und „Modellierung" von „Minderheiten" und „Volksgruppen" besteht, welche die derzeitigen nationalstaatlichen Grenzen in Frage zu stellen haben. Von den zahllosen Verstrickungen der FUEV in andere Organisationen seien hier nur die zwei wesentlichen erwähnt:

- Das „Internationale Institut für Nationalitätenrecht und Regionalismus" (Intereg), faktisch Mitherausgeber von „Europa Ethnica", „praktisch vom Freistaat Bayern getragen" (aus dem internen Schriftverkehr der Initiatoren von Intereg) und von führenden Nationalsozialisten gegründet.
- Der „Bund deutscher Nordschleswiger" (BdN), faschistisch tradiert und staatlicherseits materiell und ideell subventioniert, durch Personalunion und „wohlbegründete organisatorische Symbiose" (GMR) mit der FUEV verbunden.

Die FUEV, deren Sitz ebenfalls in Flensburg ist, soll als „operatives Fundament" (GMR) im „Europäischen Zentrum für Minderheitenfragen" (EZM) tätig werden, dessen Aufgabe wiederum in der Verankerung eines 'Volksgruppen'-Prinzips einer vorbürgerlichen, stammesgemäßen Staatsauffassung" (GMR) in ganz Europa besteht. Exemplarisch für die Protagonisten des EZM sei **Wolfgang Börnsen**, CDU-Bundestagsabgeordneter und Mitglied des Vorstandes des EZM genannt. Daß er für die faktische Abschaffung des Asylrechts eintrat, unterscheidet ihn noch nicht von seinen Parteifreunden, aber ob sein Einsatz für die Freilassung des Hitler-Stellvertreters **Rudolf Heß** seinerzeit unter Christdemokraten mehrheitsfähig gewesen ist, sei dahingestellt. Im Epilog stellen die Autoren fest, daß die eigentliche Gefahr der deutschen Politik darin besteht, daß völkisch-biologistische Politik nicht nur auf der Straße, sondern mittlerweile auch wieder auf staatlicher Ebene praktiziert wird und werden kann. Denn das materielle Hindernis, die Zweistaatlichkeit Deutschlands, der einzige Weg „to Prevent Germany from starting a World War III" (Henry Morgenthau Jr.), ist dahin.

Zum Abschluß sei noch auf ein Manko des Buches verwiesen, das zwar nicht die Qualität der Sachkenntnis der Autoren in Frage stellt, aber dennoch mehr als ein Fauxpas ist:

Im Vorwort versucht Pierre Gallois als Gegenbild zur gegenwärtigen deutschen Nationalpolitik einen Nationenbegriff zu entwikkeln, der den Glauben zuläßt, man könne „Nation" auch positiv mit Inhalt füllen. Er spricht davon, daß ihm die „Nation" „höchst wertvoll" sei. Anstelle der Hinterfragung der Kategorie „Nation" und der Feststellung, daß es „Nationen" zwar als Konstruktum, jedoch nicht als Realexistierendes gibt, tritt hier der Versuch, „Nationen" als etwas Aufgeklärtes, ja Fortschrittliches zu stilisieren. Wer dies glaubt, irrt: Am deutschen Wesen ist die Welt schon zweimal verreckt - sie wird es wieder tun.

Walter von Goldendach, Hans-Rüdiger Minow, Martin Rudig, Von Krieg zu Krieg - Die deutsche Außenpolitik und die ethnische Parzellierung Europas. Mit einem Vorwort von Pierre Gallois, Berlin 1996.

Buchtips

„Wozu muß einer der Bluthund sein?"

„ Der naive Reflex auf das Wort Geschichte „vorbei und vergessen" ist auch ein Verzicht auf politische Reflexion. Die Gegenwart ist geschichtsträchtiger und die Vergangenheit in der Gegenwart geschichtsmächtiger, als manche ahnen und wahrhaben möchten." Das schreibt Karl-Heinz Hansen im Schlußbeitrag zu einem Buch, das am Ende dieses Jahrhunderts Fragen nachgeht, die an dessen Anfang zurückreichen: Fragen nach der Bereitschaft zum Massaker.

Diese Fragen gelten einem speziellen Teil der Vorgeschichte der Nazi-Barbarei, die auch ein vielfach verdrängter Teil sozialdemokratischer Geschichte ist. Sie folgen einer Blutspur, die zu einem Mann führt, der für Ordnung sorgen wollte: Gustav Noske.

„Wozu muß einer der Bluthund sein? Der Mehrheitssozialdemokrat Gustav Noske und der deutsche Militarismus des 20. Jahrhunderts." Unter diesem Titel versammelt das Buch auf knapp hundert Seiten mehrere Vorträge, die am 30. November vergangenen Jahres, Noskes 50. Todestag, während einer eintägigen Konferenz in Hannover gehalten wurden. Unter verschiedenen Blickwinkeln spüren die Autoren alle dem früheren SPD-Reichstagsabgeordneten, Reichswehrminister und späteren Oberpräsidenten der preußischen Provinz Hannover, Gustav Noske nach, der, wie sein Biograph Wolfram Wette („Noske-Ära: Die vertane Chance, mit dem preußisch-deutschen Militarismus zu brechen") schreibt, bis heute „der umstrittenste Politiker der deutschen Sozialdemokratie" geblieben ist: Von den einen als „Bluthund" und „Arbeiterschlächter" verachtet, von den anderen als „Retter Deutschlands" während der Revolution 1918/19 verehrt.

„Sie sind der einzige von den früheren Leuten, deren Verdienste wir anerkennen." So hatte Hermann Göring Noske im Jahr 1933 in den Ruhestand verabschiedet. Die von den Nazis geschätzten „Verdienste" dieses Politikers faßt Klaus Gietinger im „Bluthund"-Buch so zusammen: „Unter Noskes Oberbefehl wurden erstmalig eingeführt:
- Erschießen „auf der Flucht" ohne Bestrafung;
-politischer Mord ohne Verfolgung;
-völlige militärische Zerschlagung des politischen Gegners ohne den Versuch einer politischen Lösung;
-völkerrechtswidrige Terrorbefehle, die bis dahin undenkbare Massaker zuließen."

Noske und die Führung der damaligen SPD hätten „bewußt oder unbewußt", urteilt Gietinger, mit ihrer „Bürgerkriegspolitik" zur Niederschlagung der Revolution 1918/19 „den Terror in diesem Jahrhundert in die deutsche Politik eingeführt" und den „Geist späterer Nazipolitik im Krieg gegen die Sowjetunion" vorweggenommen.

„Wozu muß einer der Bluthund sein? Der Mehrheitssozialdemokrat Gustav Noske und der deutsche Militarismus des 20. Jahrhunderts.", herausgegeben von Rainer Butenschön und Eckart Spoo, Distel Verlag, Heilbronn, 18 Mark

„Lizenz zum Töten?"

Von dem Rüstungsexperten Jürgen Grässlin liegt mit „Lizenz zum Töten? Wie die Bundeswehr zur internationalen Eingreiftruppe wird" das dritte und bislang brisanteste Buch vor. Tatsächlich hat die neue Bundeswehr mit den alten bundesdeutschen NATO-Streitkräften aus den Zeiten des Kalten Krieges nur noch wenig gemein. Die Bundeswehr ist aufgeteilt in weltweit agierende Krisenreaktionskräfte (KRK) und Hauptverteidigungskräfte (HVK). Die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland hat in den vergangenen Jahren eine neue Qualität erlangt. „Bis zum Jahr 2000 wird die vormals verunsicherte Verteidigungsarmee zu einer der effizientesten Eingreiftruppen umgerüstet." Dies verdeutlicht zu haben, ist ein unbestreitbares Verdienst von „Deutschlands wohl prominentestem Rüstungsgegner" (Der Spiegel), Jürgen Grässlin. Einen Schwerpunkt des Buches bildet die Auseinandersetzung um das zum 1. April im baden-württembergischen Calw in Dienst gestellte „Kommando Spezialkräfte". „Die Eliteeinheit Kommando Spezialkräfte (KSK) soll zukünftig die militärischen Aufgaben erfüllen, die den Polizeieinheiten der GSG 9 verwehrt sind. Noch vor dem Kampfeinsatz der Truppen der Krisenreaktionskräfte (KRK) können sie von ihrer Lizenz zum Töten Gebrauch machen." Daneben beschäftigt sich das empfehlenswerte Werk mit Fragen wie: welche Ziele verfolgen Bundesregierung und die militärische Führung? Inwiefern wird die Öffentlichkeit über die neuen Bundeswehraufgaben getäuscht? Welche Kosten verursacht die Neubewaffnung?

Jürgen Grässlin „Lizenz zum Töten? Wie die Bundeswehr zur internationalen Eingreiftruppe wird", Knaur, München 1997, 414 Seiten, DM 16,90.